

1 Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland

1.1 Definitionen, verwendete Datenquellen und Rahmenbedingungen des Migrationsgeschehens

Unter Migration versteht man im Allgemeinen die vorübergehende oder dauerhafte räumliche Veränderung des Lebensmittelpunkts von Menschen. Migrationsbewegungen innerhalb eines Landes oder einer bestimmten geografischen Region werden als Binnenmigration bezeichnet. Von internationaler Migration spricht man, wenn der Wohnortwechsel über Staatsgrenzen hinweg geschieht. Die Arten von Migration sind vielfältig und hinter Migrationsentscheidungen steht eine Vielzahl von unterschiedlichen Motiven. Im Folgenden wird die internationale Migration von und nach Deutschland (Außenwanderung) näher betrachtet, auf die Binnenmigration innerhalb Deutschlands wird dagegen nicht eingegangen.

Um die Migrationstrends möglichst umfassend darzustellen, werden im Migrationsbericht unterschiedliche Datenquellen genutzt. Im folgenden Kapitel wird die Migration nach Deutschland zunächst anhand der amtlichen Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes dargestellt. Deren Grundlage bildet die seit 1950 bestehende amtliche Zu- und Fortzugsstatistik. Die Erfassung der Wanderungsfälle beruht auf den An- und Abmeldungen bei einem Wohnungswechsel über die Gemeinde- oder Bundesgrenzen nach melderechtlichen Regelungen.⁴ Ausnahmen gelten für Mitglieder der diplomatischen und konsularischen Vertretungen ausländischer Staaten mit ihren im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen und für Personen, für die in völkerrechtlichen Übereinkünften eine Befreiung festgelegt ist. Für sie besteht keine Meldepflicht.

Die Wanderungsstatistik Deutschlands erfasst die Wanderungsfälle, so wird beispielsweise eine doppelte An- und Abmeldung derselben Person auch zweimal erfasst. Daher fällt die Zahl der von der Statistik erfassten Wanderungsfälle stets etwas größer aus als die Zahl der tatsächlich gewanderten Menschen. Personen, die sich nicht an die melderechtlichen Regelungen halten, gehen nicht in die Zu- und Fortzugsstatistik ein. So melden sich beispielsweise nicht alle Personen ordnungsgemäß ab, die aus Deutschland fortziehen. Diese fehlenden Abmeldungen werden zwar teilweise durch die von den Meldebehörden durchgeführten „Abmeldungen von Amts wegen“ nachgeholt, dennoch gibt es keine Möglichkeit, die genaue Zahl für die unterlassenen Abmeldungen abzubilden. Gleichzeitig enthält die Zuzugsstatistik eine unbestimmte Anzahl von Personen, die sich ihrer Meldepflicht entziehen, nicht.

Bei der An- und Abmeldung werden unter anderem folgende personenbezogene Merkmale erhoben: Herkunfts- und Zielort (alte und neue Wohngemeinde), Geschlecht, Familienstand, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Geburtsstaat bei Geburt im Ausland und rechtliche Zugehörigkeit bzw. Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft. Bei Zuzug aus dem Ausland wird gegebenenfalls das Datum des dem Zuzug vorangegangenen Fortzugs vom Inland ins Ausland und seit 2014 bei Fortzug ins Ausland das Datum des vorangegangenen Zuzugs aus dem Ausland erfasst.⁵ Personen, die neben der deutschen noch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, gehen nur als Deutsche in die Statistik ein.

⁴ § 15 Abs. 2 des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) ermöglichte den Bundesländern Ausnahmen von der allgemeinen Meldepflicht, vgl. BMI & BAMF 2012, S. 12. Mit dem am 3. Mai 2013 verabschiedeten Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens (MeldFortG) wurde mit dem neu geschaffenen Bundesmeldegesetz (BMG) eine Vereinheitlichung des deutschen Meldewesens mit bundesweit geltenden Vorschriften für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die mit dem Vollzug des Melderechts befassten Behörden geschaffen (vgl. BGBl. 2013 Teil I Nr. 22, 1084). Nach § 27 Abs. 2 BMG gilt eine Ausnahme von der Anmeldepflicht für Aufenthalte bis zu 3 Monaten für Personen, die sonst im Ausland wohnen, wenn nicht eine der in § 27 Abs. 3 BMG genannten Gegenausnahmen greift.

⁵ § 4 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Bevölkerungsstatistikgesetz – BevStatG).

Nach der Definition der Vereinten Nationen (UN)⁶ spricht man von Langzeitmigration, wenn eine Person ihren üblichen Aufenthaltsort für einen Zeitraum von mindestens einem Jahr in ein anderes Land verlegt. Dieser Zeitraum fand auch Eingang in die EG-Verordnung über Gemeinschaftsstatistiken in den Bereichen Migration und internationaler Schutz vom 11. Juli 2007 (Verordnung (EG) Nr. 862/2007).

In Deutschland stellt das entscheidende Kriterium der Wanderungsstatistik die An- oder Abmeldung dar, unabhängig davon, wie lange der Aufenthalt dauert. Daher ist in Deutschland der Bezug einer Wohnung für den Eingang in die Wanderungsstatistik ausschlaggebend. Oft steht nicht von vornherein fest, ob eine zugewanderte Person auf Dauer oder nur temporär im Land bleibt, dies lässt sich häufig nur im Nachhinein feststellen. So werden beispielsweise auch Asylantragstellende grundsätzlich als zugewanderte Personen gezählt, auch wenn ihr Aufenthalt in nicht wenigen Fällen nur vorübergehend ist. Aus einem ursprünglich kurzzeitig geplanten Aufenthalt kann jedoch auch eine dauerhafte Niederlassung im Zielland werden. Lediglich bei den temporären Aufenthalten aus Beschäftigungsgründen, also durch ein Anwerbeabkommen, Werkvertrag oder für saisonal Beschäftigte, ist die Befristung des Aufenthalts von Anfang an rechtlich vorgegeben.

Zusätzlich zur Wanderungsstatistik kann auch das Ausländerzentralregister (AZR) als weitere Datenquelle zur Betrachtung des Migrationsgeschehens herangezogen werden.⁷ Im AZR werden alle ausländischen Staatsangehörigen im Hinblick auf ihren Aufenthaltsstatus in Deutschland registriert, die sich längerfristig – d. h. in der Regel länger als 3 Monate – in Deutschland aufhalten. Seit Anfang 2006 ist anhand des AZR durch die Aufnahme neuer Speichersachverhalte (Erfassungskriterien) eine differenziertere Darstellung des Migrationsgeschehens möglich. Dies betrifft insbesondere die Erfassung der rechtlichen Grundlagen für die Einreise und den Aufenthalt von ausländischen Personen nach dem Aufenthaltsgesetz.⁸

Da das AZR eine Differenzierung der Einreise und des Aufenthalts nach Aufenthaltszwecken⁹ und die Ermittlung der Aufenthaltsdauer ermöglicht, können auch Aussagen über die Größenordnung der längerfristigen Zuwanderung getroffen werden. So handelt es sich bei fast allen Formen der Erwerbsmigration um eine zunächst temporäre und nicht dauerhafte Zuwanderung, da die Aufenthaltsdauer (abgesehen von den Titeln zur Arbeits- und Ausbildungsplatzsuche) zunächst an die Dauer des Arbeitsverhältnisses gekoppelt ist. Allerdings besteht die Möglichkeit der Verlängerung und später der Verstetigung (Niederlassungserlaubnis) des Aufenthaltstitels zu Erwerbszwecken. Zudem ist auch ein Statuswechsel möglich, darunter versteht man den Wechsel des Aufenthaltstitels (z. B. in den Aufenthalt aus familiären Gründen).¹⁰ Die Daten des AZR sind personenbezogen; es werden nur Personen registriert, die sich mindestens 3 Monate in Deutschland aufhalten (§ 2 Abs. 1 AZRG „Aufenthalt nicht nur vorübergehend“). Personen, die einen Aufenthaltstitel beantragen oder ein Asylgesuch äußern, werden jedoch unabhängig von dieser Frist umgehend erfasst. Die Zu- und Abwanderungszahlen auf Basis des AZR sind in der Regel niedriger als die auf An- und Abmeldungen basierenden, fallbezogenen Zahlen der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes. Beide Quellen können sich neben den unterschiedlichen statistischen Einheiten (Personen

⁶ Vgl. United Nations 1998, S. 10.

⁷ Durch das Zuwanderungsgesetz wurde dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit Wirkung zum 1. Januar 2005 die Registerführung für das AZR übertragen. Das Bundesverwaltungsamt (BVA) in Köln ist technischer Dienstleister und nimmt das operative Geschäft wahr. Es verarbeitet und nutzt die Daten jedoch im Auftrag und nach Weisung des BAMF (§ 1 Abs. 1 AZRG – Gesetz über das Ausländerzentralregister).

⁸ Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von ausländischen Personen im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG).

⁹ Eine Differenzierung nach Aufenthaltszwecken ist nur bei Drittstaatsangehörigen (also Personen, die nicht EU-Staatsangehörige sind) möglich.

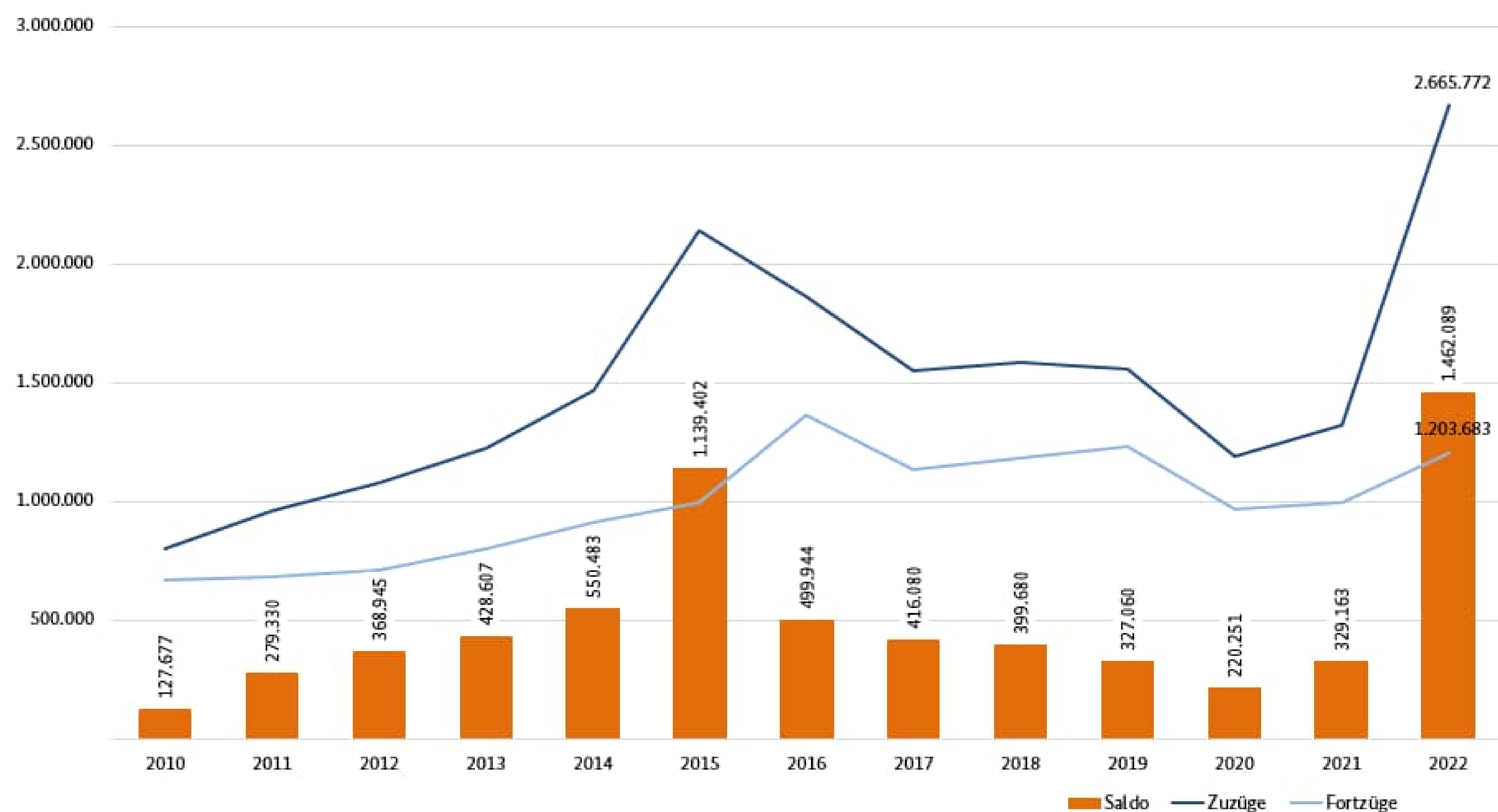
¹⁰ Vgl. Grote & Vollmer 2016.

vs. Wanderungsfälle) auch wegen der unterschiedlichen Berichtswege und methodischen Vorgehensweisen voneinander unterscheiden.

Im Folgenden wird ein Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland anhand der amtlichen Wanderungsstatistik gegeben. Anschließend erfolgt in den weiteren Unterkapiteln eine Differenzierung der Zu- und Fortzüge nach verschiedenen Kriterien (Herkunfts- und Zielland, Staatsangehörigkeit, Bundesländer, Alter, Geschlecht, Aufenthaltswitz).

1.2 Migrationsgeschehen insgesamt

Abbildung 1-1: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands seit 2010



Anmerkungen:

Die Ergebnisse ab dem Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Informationen dazu befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Fortzugszahl 2019 nur beschränkt mit den Werten davor und danach vergleichbar.

Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie kann es ab Mitte März 2020 aufgrund von Einschränkungen im Publikumsverkehr von Meldebehörden oder verlängerten Fristen zur An- und Abmeldung zu einer zeitlich verzögerten Erfassung von Wanderungsfällen in der Statistik kommen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Zwischen 2010 und 2022 wurden rund 19,4 Millionen Zuzüge vom Ausland nach Deutschland registriert. Diese Wanderungszahlen setzten sich aus verschiedenen Migrationsgruppen zusammen wie EU-Staatsangehörigen, Erwerbspersonen, Studierenden, Familienangehörigen sowie Schutzsuchenden mit je unterschiedlichen Anteilen im Zeitverlauf (vgl. Kapitel 3). Im gleichen Zeitraum waren etwa 12,9 Millionen Fortzüge aus Deutschland ins Ausland zu verzeichnen. Damit ergab sich im betrachteten Zeitraum ein Wanderungsüberschuss (Nettomigration) von rund 6,5 Millionen (vgl. Abbildung 1-1 und Tabelle 1-1 im Anhang). Alle in diesem Abschnitt genannten Zahlen beziehen sich auf die Gesamt-Wanderungsbewegungen, d. h. ausländische wie deutsche Staatsangehörige.

Nachdem die Zuwanderung im Jahr 2015 mit 2.136.954 Zuzügen und einer Nettomigration von 1.139.402 Personen einen vorläufigen Höchststand erreichte, ging sie in den Folgejahren wieder zurück. Pandemiebedingt kam es vor allem ab März 2020 zu einem weiteren Rückgang der Zuzugszahlen. Dieser Trend wurde 2021 allerdings wieder unterbrochen und die Zahl der Zuzüge wuchs erneut.

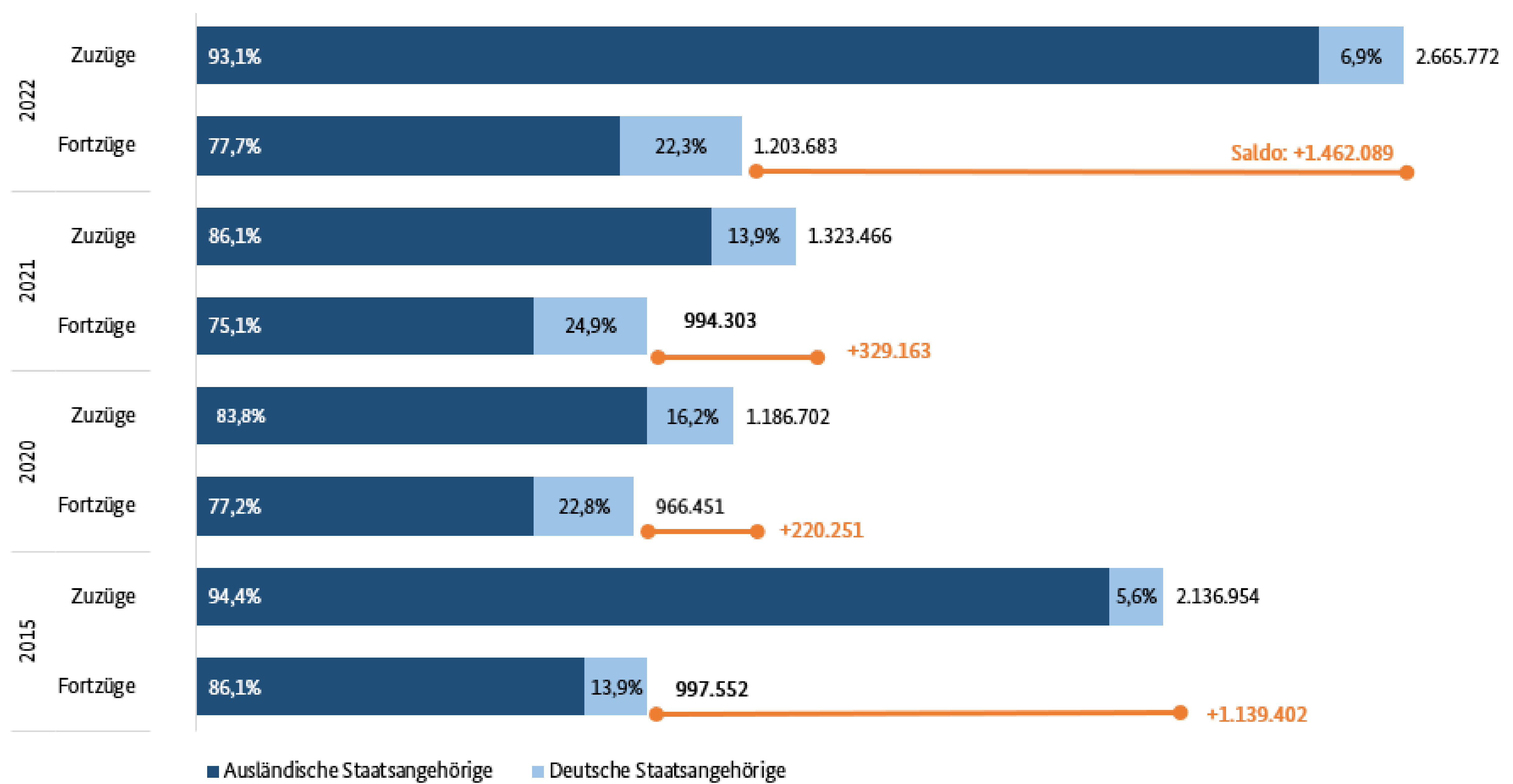
In 2022 sind insgesamt 2.665.772 Menschen nach Deutschland zugewandert, gleichzeitig sind 1.203.683 Menschen aus Deutschland fortgezogen - damit wurde eine Nettomigration von +1.462.089 Menschen erfasst. Im Vergleich zu 2021 hat sich die Nettomigration mehr als vervierfacht und verzeichnete damit ihren bislang höchsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen der Wanderungen im Jahr 1950 (2021: +329.163 Menschen). Die Zuwanderung insgesamt ist damit im Vergleich zum Vorjahr um 101,4 % gestiegen, die Abwanderung nahm gegenüber 2021 ebenfalls um 21,1 % zu (vgl. Abbildung 1-1 und Tabelle 1-1 im Anhang).

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der am 24. Februar 2022 begann, hat eine große Fluchtbewegung ausgelöst. Nach Beginn des Krieges sind mehr als 1 Millionen Schutzsuchende aus der Ukraine auch nach Deutschland geflohen. Unter den insgesamt rund 2,7 Millionen zugewanderten Menschen befanden sich rund 1,1 Millionen Geflüchtete aus der Ukraine. Sie machen mit 41,2 % den größten Anteil an der Gesamtzuwanderung aus.

2.481.019 Menschen, die 2022 zugewandert sind, hatten eine ausländische Staatsangehörigkeit, 2021 waren es 1.139.816. Damit stieg die Zahl der Zuzüge von ausländischen Staatsangehörigen um 117,7 %. Demgegenüber wurden 935.516 Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen verzeichnet (2021: 746.474). Die Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen sind von 183.650 im Jahr 2021 auf 184.753 nur um 0,6 % angewachsen. Die Zahl der Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen stieg hingegen um 8,2 % (2021: 247.829, 2022: 268.167). Damit weisen deutsche Staatsangehörige insgesamt höhere Anteile an der Emigration auf. Bei ihnen ist seit 2004 eine Nettoabwanderung festzustellen.

Der Anteil von ausländischen Staatsangehörigen an der Gesamtzuwanderung ist zwischen 2021 und 2022 von 86,1 % auf 93,1 % gestiegen. Diese Entwicklung geht vor allem auf die Fluchtbewegungen aus der Ukraine zurück. Am höchsten ist der Anteil von ausländische Staatsangehörige an der Gesamtzuwanderung im Jahr 2015 ausgefallen (mit 94,4 %), gleichzeitig lag ihr Anteil auch bei den Fortzügen seinerzeit sehr hoch (86,1 %) (vgl. Abbildung 1-2 und Tabelle 1-1 im Anhang).

Abbildung 1-2: Außenwanderungsgeschehen in Deutschland 2015 und 2020 bis 2022 im Vergleich



Anmerkung: Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie kann es ab Mitte März 2020 aufgrund von Einschränkungen im Publikumsverkehr von Meldebehörden oder verlängerten Fristen zur An- und Abmeldung zu einer zeitlich verzögerten Erfassung von Wanderungsfällen in der Statistik kommen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Der Anteil von deutschen Staatsangehörigen an der Zuwanderung lag 2022 dementsprechend bei 6,9 % (2021: 13,9 %). In längerfristiger Perspektive ist der Anteil von ausländischen Staatsangehörigen an der Zuwanderung seit 2003 deutlich angestiegen. Grund hierfür ist einerseits der Rückgang der Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihrer Familienangehörigen. Diese Personen gehen zum Großteil als Deutsche in die Zuzugsstatistik ein (vgl. hierzu ausführlich Kapitel 3.7). Andererseits ist der Zuwachs bei ausländischen Staatsangehörigen auf den Anstieg der Zahl der Schutzsuchenden – sowie bereits zuvor – auf verstärkte europäische Wanderungen im Zuge der EU-Beitritte von insgesamt 13 Staaten zurückzuführen (vgl. Tabelle 1-2 im Anhang).

Die Zahl der Zuzüge von Deutschen – dazu zählen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie aus dem Ausland zurückgekehrte deutsche Staatsangehörige – ist im Jahr 2022 mit 184.753 Personen gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen (2021: 183.650, +0,6 %). Die Zahl der Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen ist im selben Zeitraum deutlicher von 247.829 auf 268.167 angewachsen (+8,2 %). Daraus resultiert ein negativer Wanderungssaldo von -83.414 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit im Jahr 2022 (2021: -64.179).¹¹ Der Anteil deutscher Staatsangehöriger an der Abwanderung lag im Jahr 2022 bei 22,3 % (2021: 24,9 %). Insgesamt wurden im Zeitraum von 2010 bis 2022 rund 2,0 Millionen Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen registriert, im selben Zeitraum verließen jedoch auch rund 2,6 Millionen deutsche Staatsangehörige das Bundesgebiet (vgl. Abbildung 1-2 sowie Abbildung 1-22 und Abbildung 1-23 im Anhang). Somit ergibt sich in diesem Zeitraum ein negativer Saldo von -0,6 Millionen Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit.

¹¹ An- und Abmeldungen von Deutschland von/nach „unbekannt“ werden seit 2016 in der Wanderungsstatistik unter der Außenwanderung verbucht. Daraus entstehen höhere Zuzugs- und Fortzugszahlen von Deutschen im Vergleich mit den Vorjahren. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass der Rückgang der Wanderungssalden von 2017 und 2018 gegenüber 2016 zum Teil auf diesen methodischen Effekt zurückzuführen ist.

1.3 Migration nach Herkunfts- und Zielländern sowie Staatsangehörigkeit

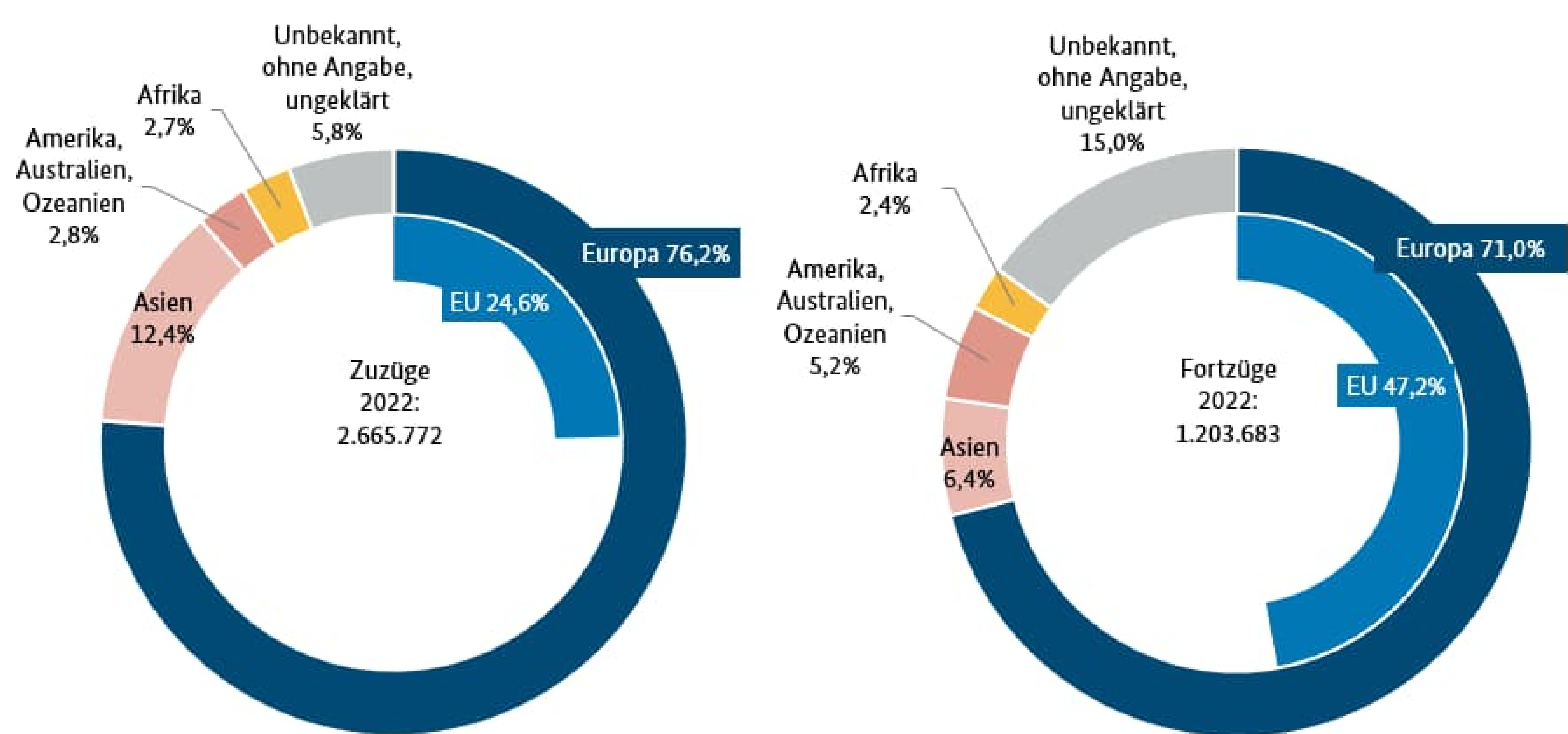
Das Migrationsgeschehen nach bzw. aus Deutschland ist seit Jahren vor allem durch Zuwanderung aus bzw. Abwanderung in andere europäische Staaten gekennzeichnet. Der Anteil aus den europäischen Staaten beläuft sich im Jahr 2022 mit 76,2 % deutlich gestiegen (2021: 63,8 %). Dies spiegelt vor allem die hohe Zuwanderung aus der Ukraine wider. Durch diese Entwicklung ist der Anteil aus EU-Staaten deutlich zurückgegangen, obwohl die Zuwanderung in absoluten Zahlen etwas zugenommen hat. Konkret kamen 24,6 % der zugewanderten Personen aus Staaten der EU (2021: 46,7 %). 12,4 % der Zugezogenen wanderten aus einem asiatischen Staat zu (2021: 17,2 %). Lediglich 2,7 % zogen aus afrikanischen Ländern nach Deutschland (2021: 4,2 %) und 2,8 % aus Amerika, Australien und Ozeanien (zusammengefasste Kategorie; 2021: 4,4 %).

Auch bei den Fortzügen war Europa die Hauptzielregion, 71,0 % Personen zogen im Jahr 2022 aus Deutschland in ein anderes europäisches Land (2021: 67,9 %). 47,2 % wanderten in EU-Mitgliedstaaten ab (2021: 54,0 %). Der Anteil der Fortzüge nach Asien betrug 6,4 % (2021: 6,8 %), der nach Amerika, Australien und Ozeanien (zusammengefasste Kategorie) 5,2 % (2021: 4,4 %). Nach Afrika wanderten lediglich 2,4 % aller fortziehenden Personen ab (2021: 2,7 %, vgl. Abbildung 1-3).

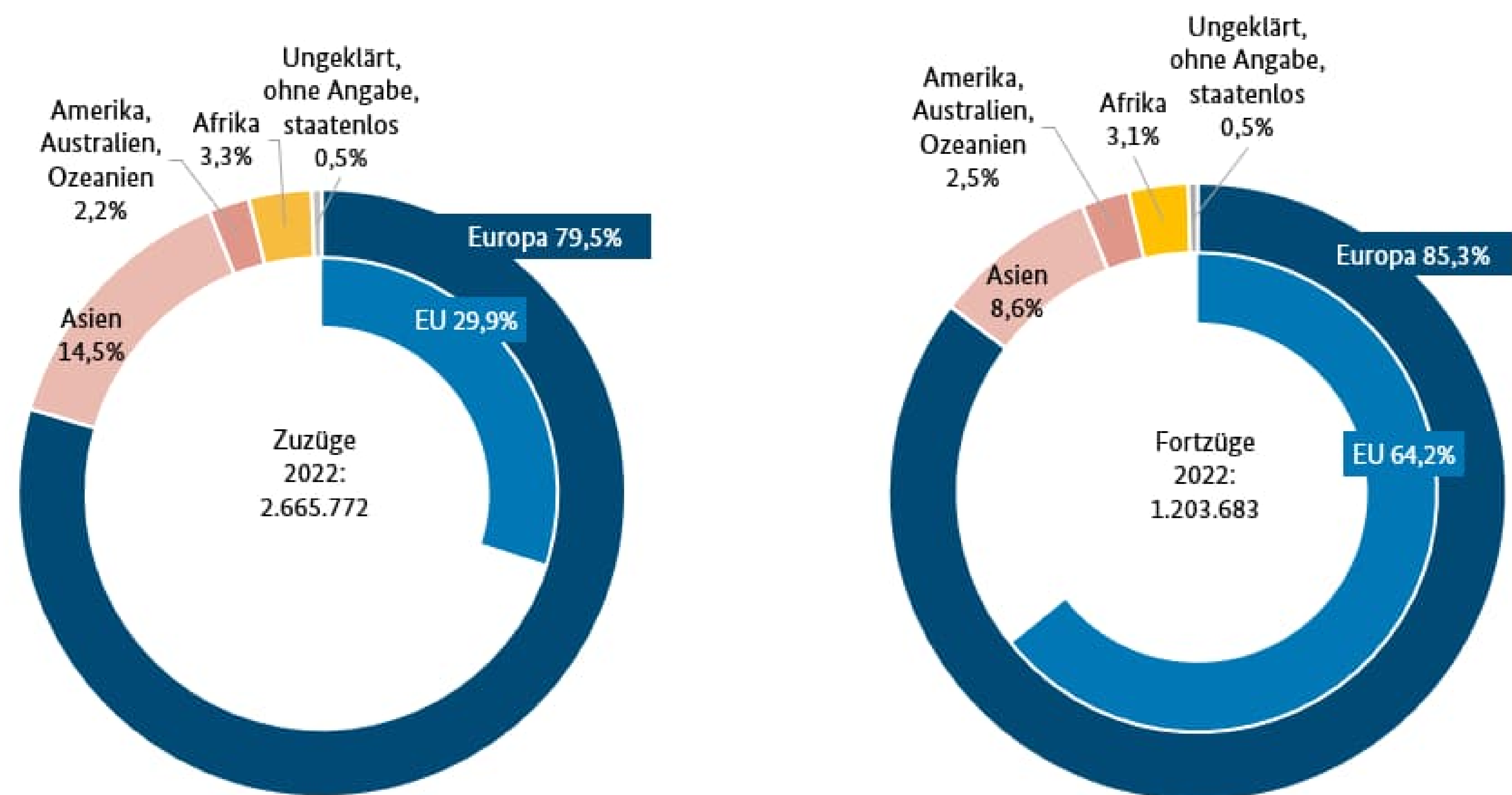
Neben der Differenzierung der Migration nach Herkunfts- und Zielländern kann auch eine Unterscheidung nach der Staatsangehörigkeit der wandernden Personen vorgenommen werden, da sich diese nicht in jedem Fall mit der des Herkunfts- oder Ziellands deckt. So lag 2022 etwa die Zahl der Zuzüge von EU-Staatsangehörigen einschließlich deutscher Staatsangehöriger (796.497) höher als die Zahl der Zuzüge aus der Europäischen Union nach Herkunfts- und Zielländern (654.882). In der überwiegenden Zahl der Fälle sind sich die jeweiligen Daten jedoch sehr ähnlich, daher wird auf die detaillierte Darstellung von Zu- und Fortzügen nach Staatsangehörigkeiten an dieser Stelle verzichtet. Bei den 1.097.882 Zuzügen aus der Ukraine liegt beispielsweise der Anteil der ukrainischen Staatsangehörigen bei 97,7 % (1.073.173). In den Tabellen 1-5 bis 1-8 im Anhang wird eine Differenzierung der Zuzüge nach Herkunftsland und Staatsangehörigkeit dargestellt. Die EU-Binnenmigration wird ausführlich in Kapitel 2 behandelt.

Abbildung 1-3: Migration nach Herkunfts- und Zielgebieten und Staatsangehörigkeiten im Jahr 2022 im Vergleich

Migration nach Herkunfts- und Zielgebieten



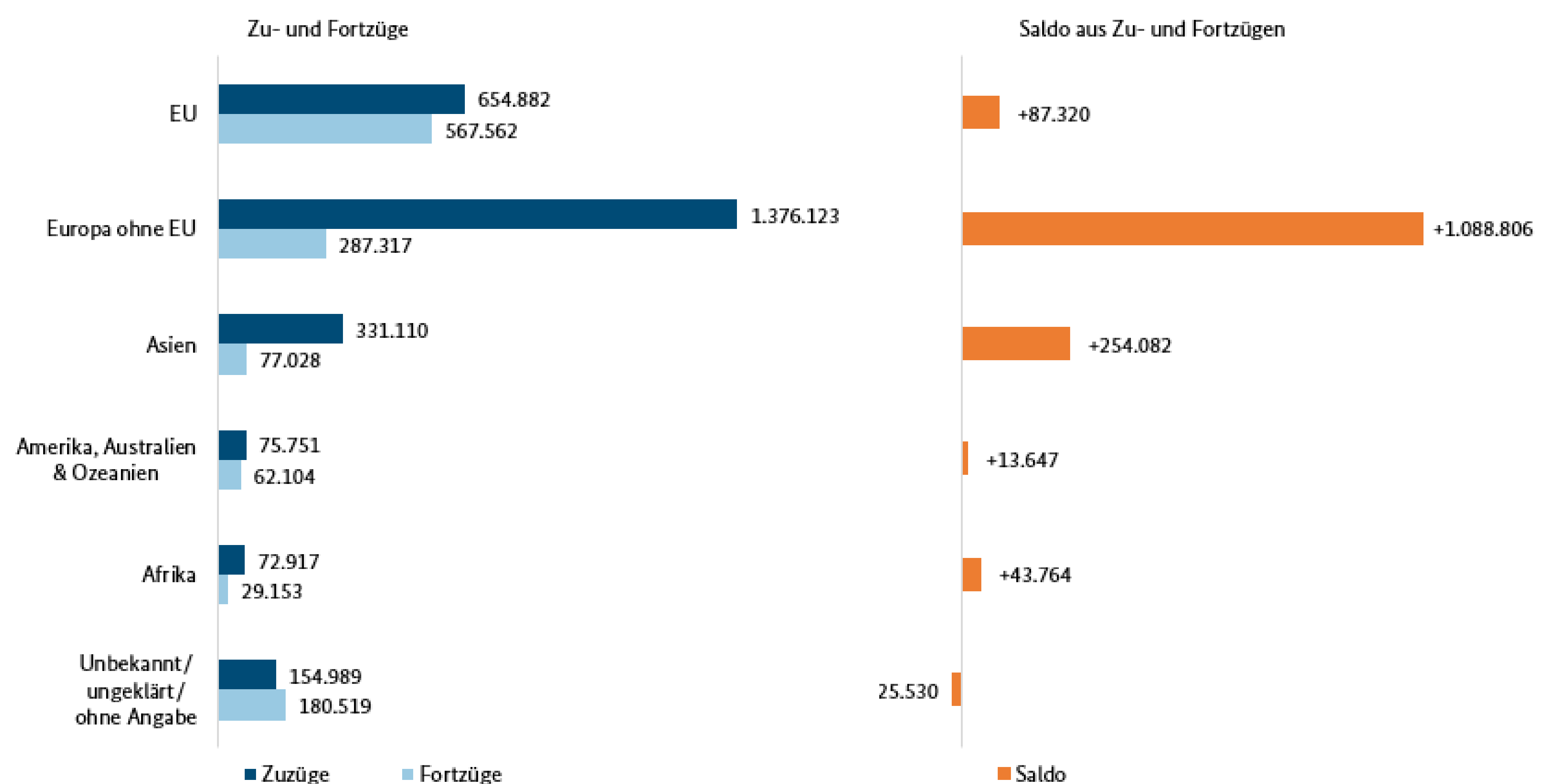
Migration nach Staatsangehörigkeiten



Anmerkung: Europa inkl. Türkei und Russische Föderation.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungstatistik

Abbildung 1-4: Nettomigration nach Herkunfts- und Zielgebieten im Jahr 2022



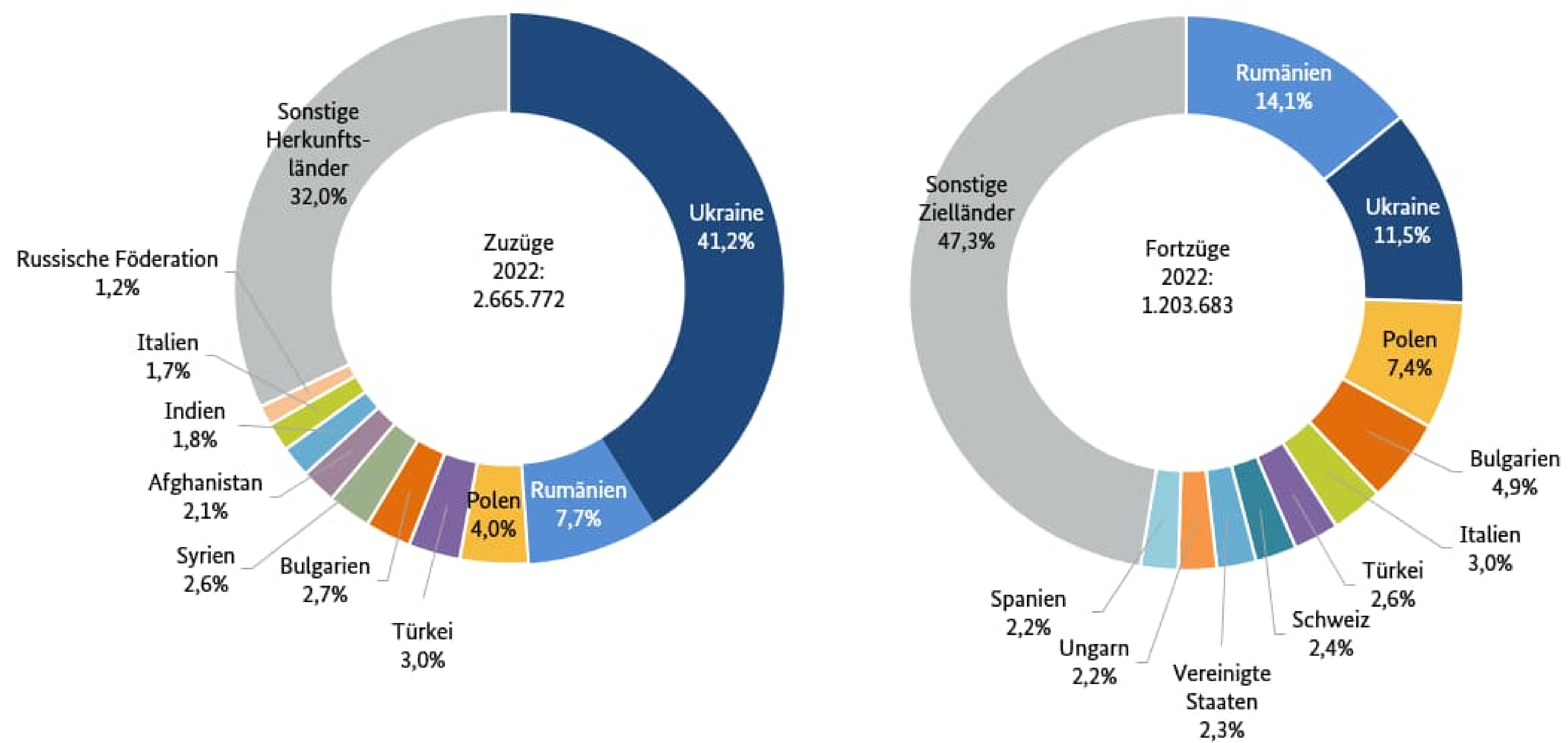
Anmerkung: Europa inkl. Türkei und Russische Föderation

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Einen detaillierten Überblick über die Herkunfts- bzw. Zielländer und -regionen der Wanderungen über die deutschen Grenzen hinweg vermitteln die Abbildungen 1-3 bis 1-6 sowie die Tabellen 1-3 und 1-4 im Anhang.

Die Ukraine wird in der Wanderungsstatistik zu den europäischen Staaten gezählt, daher ist die Nettozuwanderung aus europäischen Ländern sehr hoch. Insgesamt (EU und andere Länder) wanderten +1.176.126 Personen aus Europa mehr zu als ab, in 2021 lag der Saldo noch bei +169.256 Personen. Deutlich gestiegen ist auch der Saldo gegenüber asiatischen Staaten mit +254.082 (2021: +159.665). Auch gegenüber afrikanischen Herkunftsländern ist der positive Wanderungssaldo höher als im Vorjahr (2022: 43.764, 2021: +29.019). Lediglich für die zusammengefasste Kategorie Amerika, Australien und Ozeanien ist der Saldo etwas zurückgegangen (2022: 13.647, 2021: +14.906).

Abbildung 1-5: Migration nach den häufigsten Herkunfts- und Zielländern im Jahr 2022

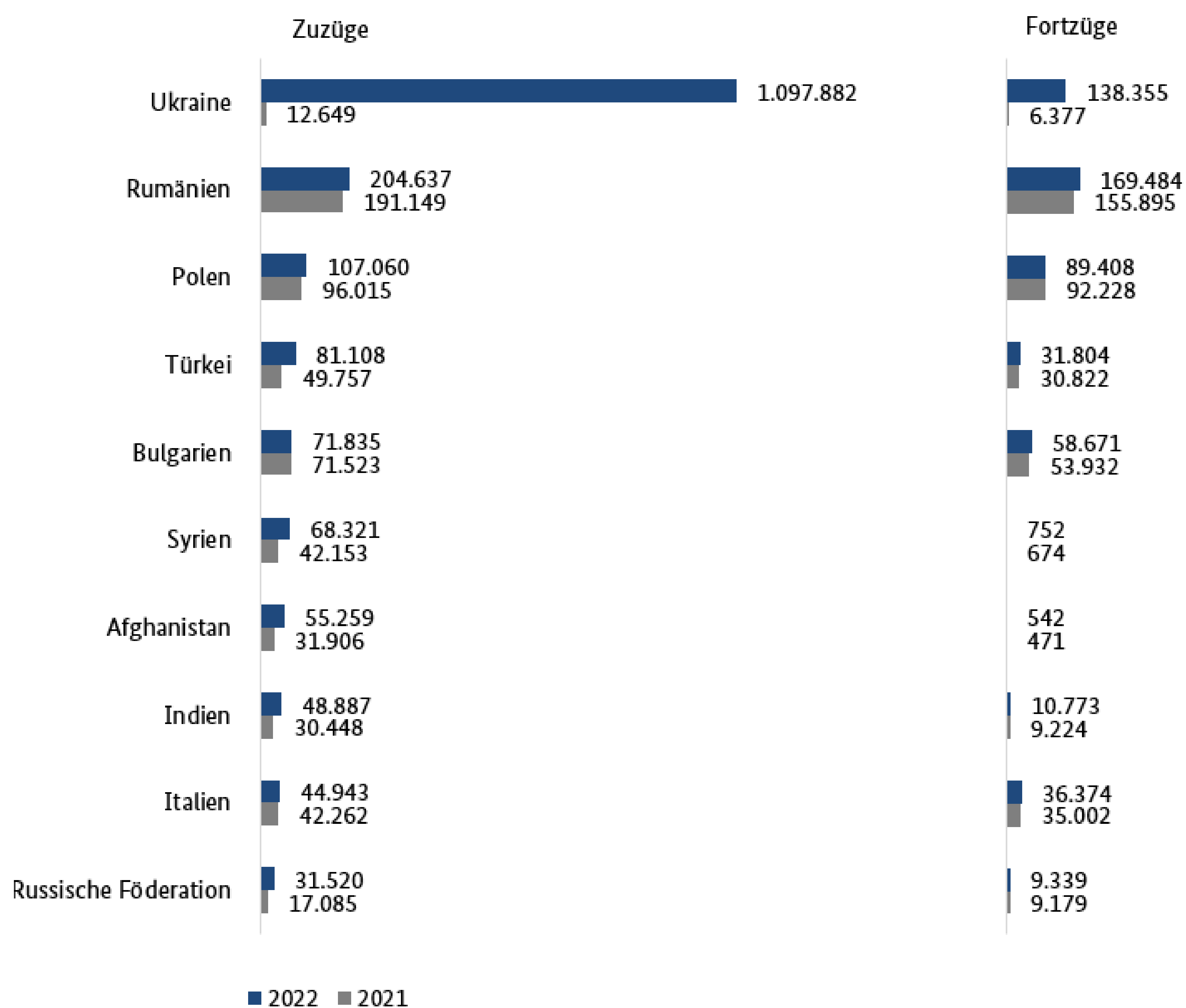


Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Im Jahr 2022 stellte die Ukraine mit 1.097.882 Zuzügen das Hauptherkunftsland von Zugewanderten, ihr Anteil beträgt allein 41,2 %. Menschen aus der Ukraine verzeichnen damit auch den höchsten Zuwachs. In 2021, also vor dem russischen Angriffskrieg, kamen 12.649 Menschen aus der Ukraine nach Deutschland (Anteil: 1,0 %). An zweiter Stelle folgt 2022 mit deutlichen Abstand Rumänien mit 204.637 Zuzügen und einem Anteil von 7,7 % (vgl. Abbildung 1-5). Die Zuwanderung aus Rumänien stieg im Vergleich zum Vorjahr leicht an (2021: 191.149 Zuzüge, +7,1 %). An dritter Stelle folgt Polen als Herkunftsländ mit 107.060 bzw. 4,0 % aller Zuzüge nach Deutschland. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Zuzüge um 13,7 % gestiegen (2021: 96.015 Zuzüge). Zwischen 2015 und 2021 war die Zahl der Zuzüge aus Polen rückläufig. Weitere wichtige Herkunftsländer bilden die Türkei (81.108 Zuzügen bzw. 3,0 %), Bulgarien (71.835 bzw. 2,7 %), Syrien (68.321 bzw. 2,6 %) und Afghanistan (55.259 bzw. 2,1 %) (vgl. die Abbildung 1-5 und Abbildung 1-6).

Für die Zusammensetzung der 10 wichtigsten Herkunftsländer ergeben sich damit folgende Veränderungen: Spanien und Ungarn sind 2022 nicht mehr unter den Hauptherkunftsländern, dafür stellt neben der Ukraine auch die Russische Föderation ein Hauptherkunftsland von Zugewanderten. Alle anderen Hauptherkunftsländer blieben gegenüber 2021 konstant. Die Zusammensetzung der „sonstigen“ Herkunftsländer, die zusammen 32,0 % ausmachen, kann Tabelle 1-2 im Anhang entnommen werden.

Abbildung 1-6: Migration 2022 nach den wichtigsten Herkunftsländern im Vergleich zum Vorjahr¹

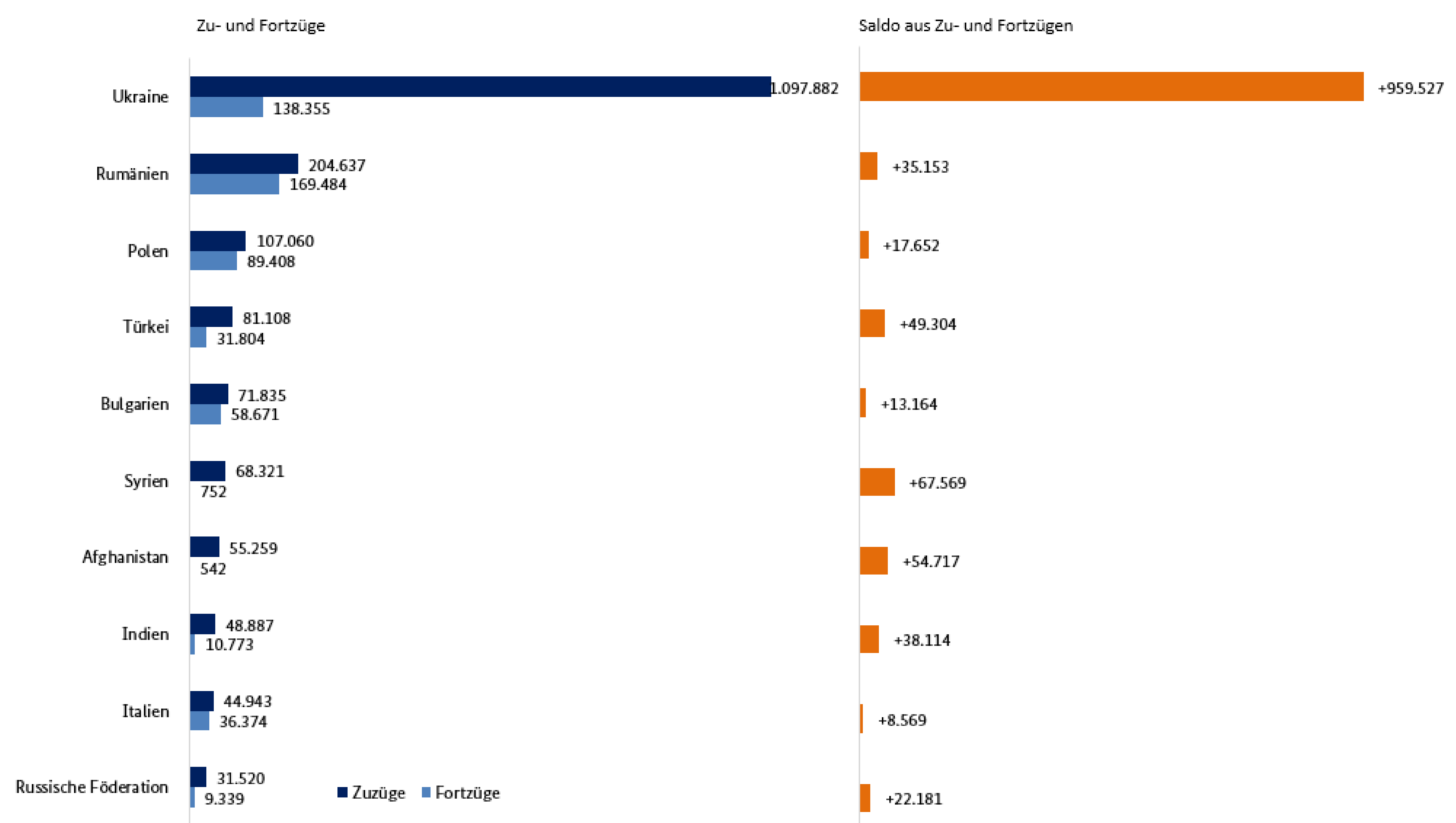


Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Neben der hohen Zuwanderung aus der Ukraine ist die Zahl der Fortzüge in die Ukraine in 2022 ebenfalls stark gestiegen. Es wurden 138.355 Fortzüge in dieses Land registriert, 2021 hingegen nur 6.377.

Bei den Fortzügen steht 2022 allerdings erneut Rumänien an erster Stelle, es sind 169.484 Personen nach Rumänien fortgezogen (Anteil: 14,1 %). Weitere wichtige Zielländer waren Polen (7,4 % bzw. 89.408 Fortzüge) und Bulgarien (4,9 % bzw. 58.671 Fortzüge, vgl. Abbildung 1-5 und Abbildung 1-7 sowie Tabelle 1-3 Anhang). Bei diesen Ländern ist somit ein hohes Wanderungsvolumen feststellbar, d. h. es ziehen sowohl viele Menschen nach Deutschland zu als auch wieder fort. 36.374 bzw. 3,0 % der Fortzüge im Jahr 2022 entfielen auf Italien, 31.804 bzw. 2,6 % auf die Türkei, 28.906 bzw. 2,4 % auf die Schweiz und 27.630 bzw. 2,3 % auf die Vereinigten Staaten (für die Zusammensetzung der sonstigen Zielländer in der Abbildung 1-5 vgl. auch Tabelle 1-3 im Anhang).

Abbildung 1-7: Migration 2022 nach den wichtigsten Herkunftsländern

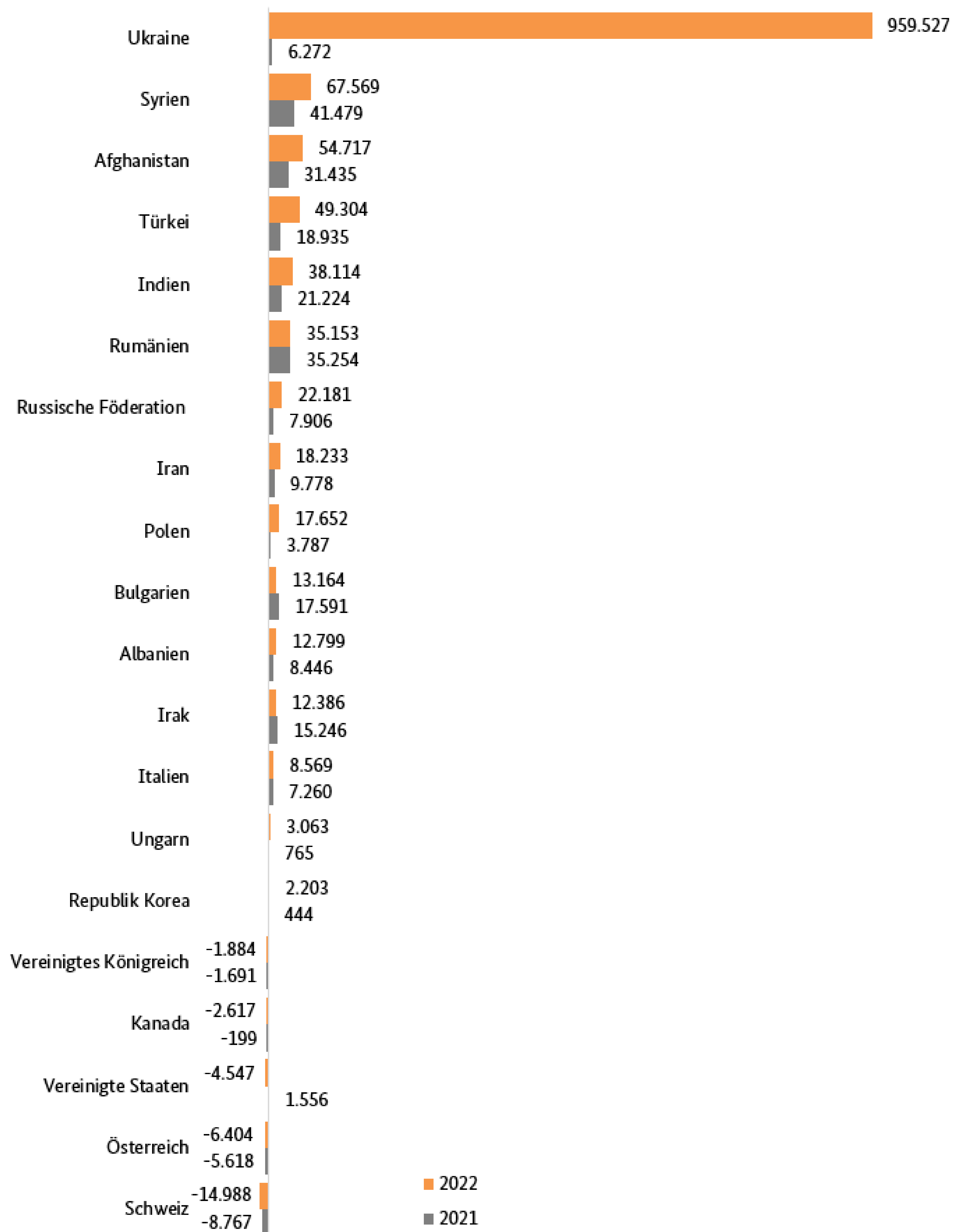


Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Mit 1.097.882 Zuzügen und 138.355 Fortzügen wurde der höchste Wanderungssaldo mit +959.527 Personen gegenüber der Ukraine verzeichnet. In 2021 lag der Saldo für die Ukraine noch bei +6.272 Personen. Verglichen mit anderen Fluchtbewegungen in den vergangenen Jahren war die Nettomigration aus der Ukraine im Jahr 2022 damit höher als diejenige aus Syrien, Afghanistan und Irak in den Jahren 2014 bis 2016 zusammen (+833.773).

Mit deutlichem Abstand folgt 2022 an zweiter Stelle Syrien mit einem Wanderungssaldo von +67.569 Personen; in 2021 lag dieser Wert bei +41.479 Personen. Die Wanderungsbewegungen aus Syrien steigen seit 2021 wieder, nachdem die Entwicklung der Zuzüge ab 2016 rückläufig war. Auch der Wanderungssaldo aus Afghanistan ist zwischen 2021 und 2022 gestiegen (2022: +54.717 Personen, 2021: +31.435, vgl. Abbildung 1-8). Zahlenmäßig bildeten Syrien und Afghanistan im Jahr 2022 die größten Hauptherkunftsländern von Asylantragstellenden, etwa die Hälfte dieser Personengruppe kam aus diesen beiden Herkunftsländern (49,3 %, vgl. hierzu ausführlich Kapitel 3.4.1.2). Der Wanderungssaldo gegenüber der Türkei (+49.304), Indien (+38.114) und der Russischen Föderation (+22.181) ist gegenüber 2021 ebenfalls deutlich angestiegen.

Abbildung 1-8: Wanderungssaldo gegenüber ausgewählten Herkunftsländern in den Jahren 2021 und 2022



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Im Vergleich zum Vorjahr lässt sich in 2022 für die meisten Herkunftsländer ein Anstieg des positiven Wanderungssaldos feststellen. Der Wanderungssaldo gegenüber dem Irak (+12.386, 2021: 15.246),

Bulgarien (+13.164, 2021: +17.591) und Rumänien (+35.153, 2021: +35.153) ist hingegen im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr gesunken, liegt aber immer noch im positiven Bereich. Für die Vereinigten Staaten wurde in 2022 ein negativer Wanderungssaldo verzeichnet, in 2021 waren die Zu- und Fortzüge noch positiv (+1.556). Eine deutlich rückläufige und somit auch negative Nettomigration gab es im Falle Kanadas (-2.617, 2021: -199) und des Vereinigten Königreichs (-1.884, 2021: -1.691). Weitere negative Wanderungssalden gab es 2022 auch für Österreich (-6.404, 2021: -5.618) und die Schweiz (-14.988, 2021: -8.767) (vgl. Abbildung 1-8). Im Falle der Schweiz und Österreichs ist der Wanderungsverlust insbesondere auf die Abwanderung deutscher Staatsangehöriger zurückzuführen (vgl. dazu Kapitel 4.2).

1.4 Migration nach Bundesländern

Differenziert nach einzelnen Bundesländern zeigt sich, dass die höchste Zuzugszahl aus dem Ausland¹² für Nordrhein-Westfalen mit 529.453 Zuzügen (2021: 257.874, +105,3 %) registriert wurden. Bayern hat 444.027 Zuzüge (2021: 236.551, +87,7 %) verzeichnet. Danach folgen Baden-Württemberg mit 385.937 Zuzügen (2021: 199.702, +93,3 %), Niedersachsen mit 260.751 (2021: 128.077, +106,6 %) und Hessen mit 222.443 Zuzügen (2021: 114.278, +94,7 %).

Bezogen auf die jeweilige Bevölkerungszahl hatte im Jahr 2022 Berlin den höchsten Pro-Kopf-Zuzug, vor Bremen und Hamburg (vgl. Tabelle 1-9 und Abbildung 1-24 im Anhang). Die niedrigsten Zuzugszahlen bezogen auf die Bevölkerung wiesen die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Schleswig-Holstein auf. Die höchsten Abwanderungsquoten im Jahr 2022 wurden in Berlin, Baden-Württemberg und Bayern, die niedrigsten in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg verzeichnet (vgl. Tabelle 1-10 und Abbildung 1-24 im Anhang).

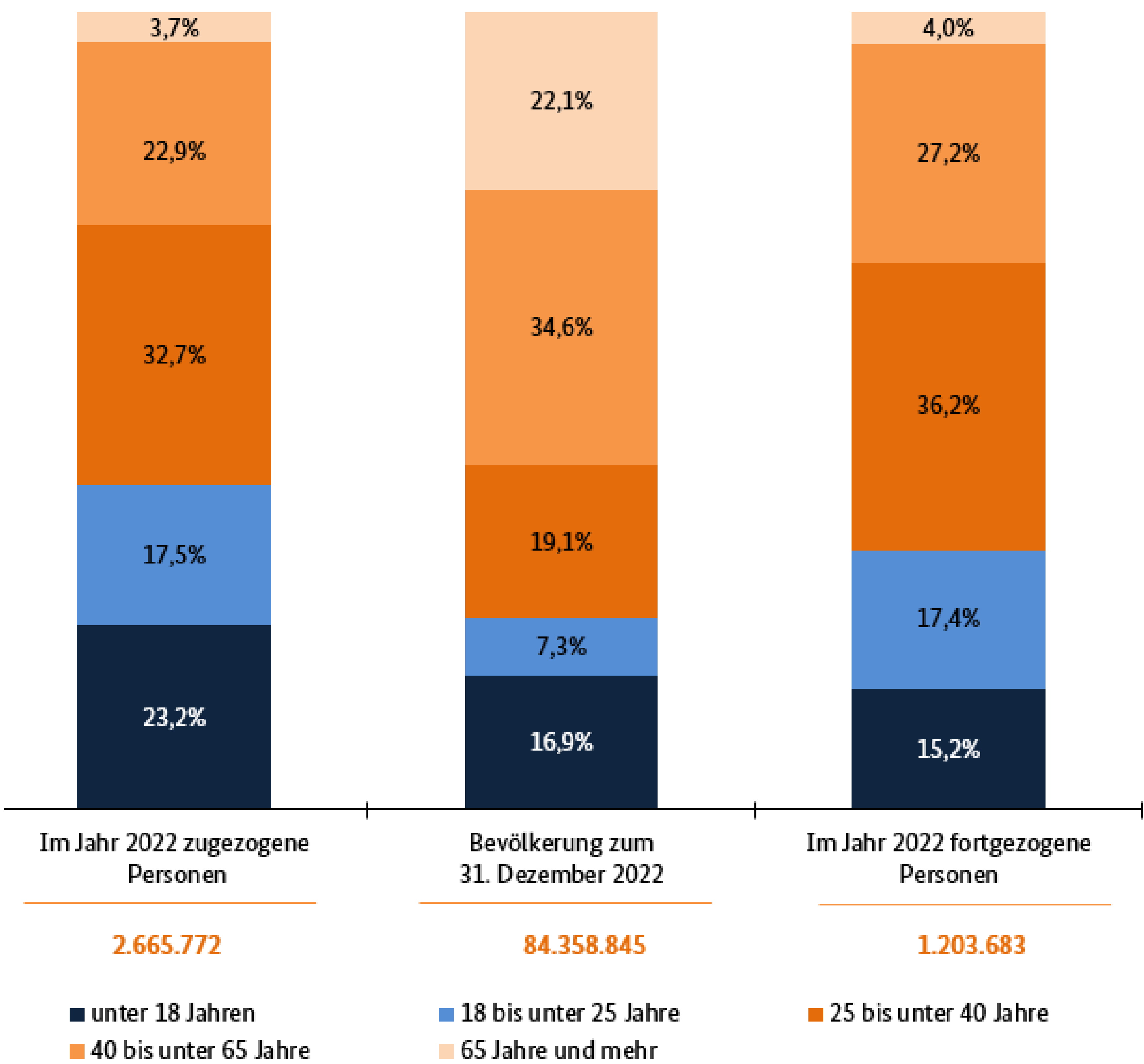
Alle Bundesländer wiesen im Jahr 2022 einen positiven Gesamtwanderungssaldo auf. Besonders deutliche Wanderungsüberschüsse wurden in Nordrhein-Westfalen (+287.628), Bayern (+217.255) und Baden-Württemberg (+188.311) registriert.

1.5 Alters- und Geschlechtsstruktur

Die Entwicklung der Bevölkerung eines Landes resultiert zum einen aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten minus Sterbefälle) und zum anderen aus der stattfindenden Migration. Dabei sind in soziodemografischer Hinsicht nicht nur die absoluten Zahlen der Zu- und Fortgezogenen von Bedeutung, sondern insbesondere deren Alters- und Geschlechtsstruktur. Abbildung 1-9 zeigt, wie sich die Zu- und Fortzüge im Jahr 2022 nach Alter zusammensetzten.

¹² Berücksichtigt werden nur Wanderungen über die Außengrenzen Deutschlands, d. h., Binnenwanderungen zwischen den Bundesländern bleiben unberücksichtigt.

Abbildung 1-9: Altersstruktur der Zu- und Fortgezogenen über die Grenzen Deutschlands im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in Prozent im Jahr 2022



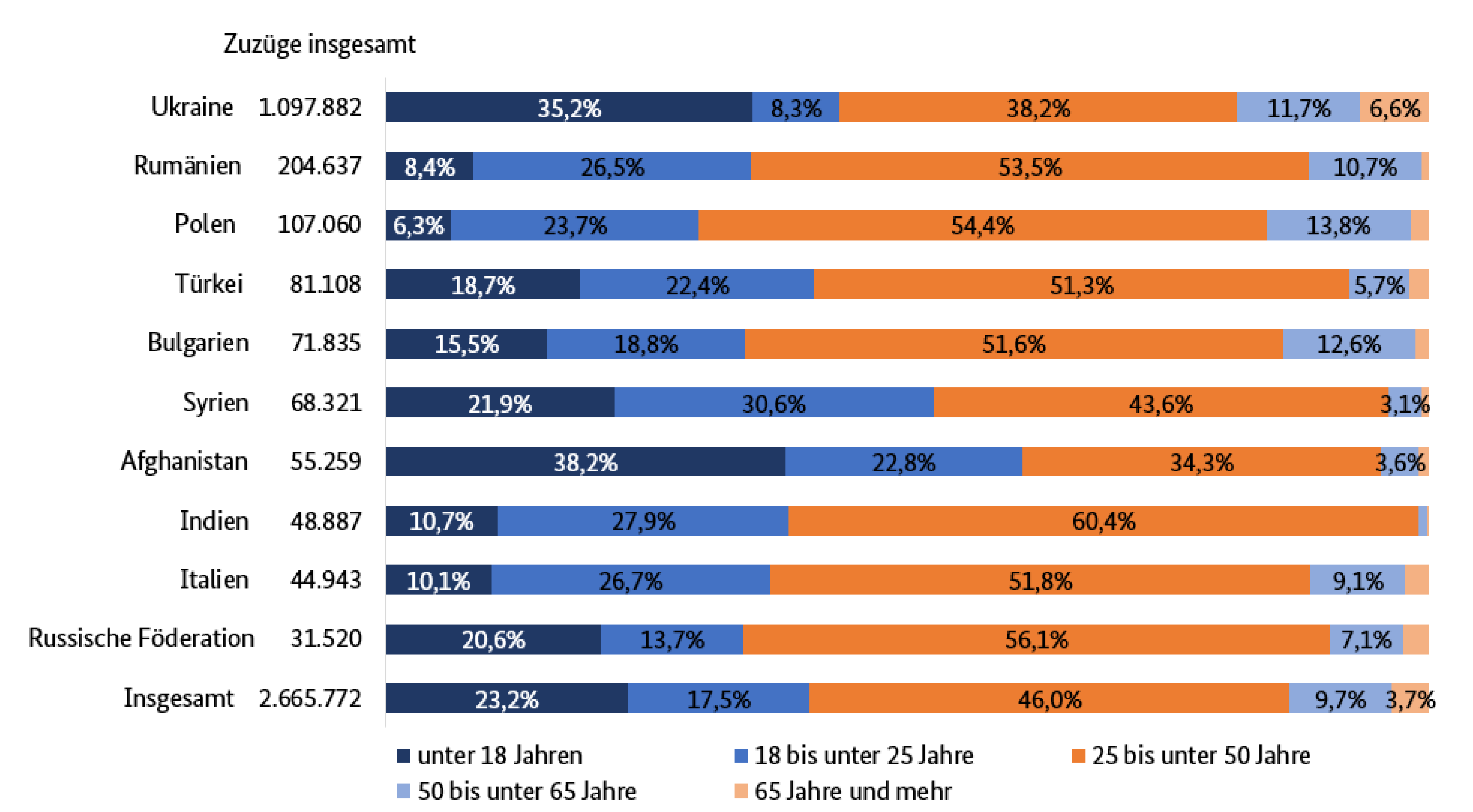
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungstatistik und Bevölkerungsfortschreibung

Stellt man die Altersstruktur der zugewanderten Personen der Gesamtbevölkerung (deutsche und ausländische Staatsangehörige) in Deutschland gegenüber, sind deutliche Unterschiede erkennbar (vgl. Abbildung 1-9 und Tabelle 1-12 im Anhang). Die Zugezogenen sind durch einen hohen Anteil von Personen jüngeren und mittleren Alters gekennzeichnet: Im Jahr 2022 waren fast drei Viertel (72,4 %) der Zugezogenen unter 40 Jahre alt; bei der Gesamtbevölkerung lag dieser Anteil dagegen bei nur 43,3 %. Bei den älteren Personen stellt sich die Situation umgekehrt dar: Nur 3,7 % der Zugezogenen waren 65 Jahre und älter gegenüber 22,1 % der Gesamtbevölkerung.

Bei der Betrachtung der Altersverteilung der Zugewanderten lassen sich zum Teil Verschiebungen in den Altersklassen im Vergleich zu 2021 erkennen. Dabei zeichnen sich nennenswerte Unterschiede zwischen den Altersgruppen unter 18-Jährigen sowie der über 65-Jährigen ab. Insgesamt waren im Jahr 2022 von den zugezogenen Personen im 23,2 % unter 18 Jahre alt, im vergangenen Jahr lag dieser Anteil bei 14,5 %. Bei der Altersgruppe der über 65-Jährigen beträgt der Anteil in 2022 3,7 %, im Jahr 2021 waren es dagegen nur 1,9 % der zugezogenen Personen.

Bei den fortziehenden Personen zeigt sich folgendes Bild: Etwas mehr als zwei Drittel (67,7 %) der im Jahr 2022 Fortgezogenen waren jünger als 40 Jahre. Insgesamt ist der Anteil der jüngeren Personen bei den Fortziehenden etwas geringer als bei den Zugezogenen. Die Altersstrukturen der wandernden Personen ähneln sich jedoch stark und unterscheiden sich zugleich deutlich von der Bestandsbevölkerung, in der es höhere Anteile älterer Menschen gibt.

Abbildung 1-10: Zuzüge nach den häufigsten Herkunftsländern und Altersgruppen 2022

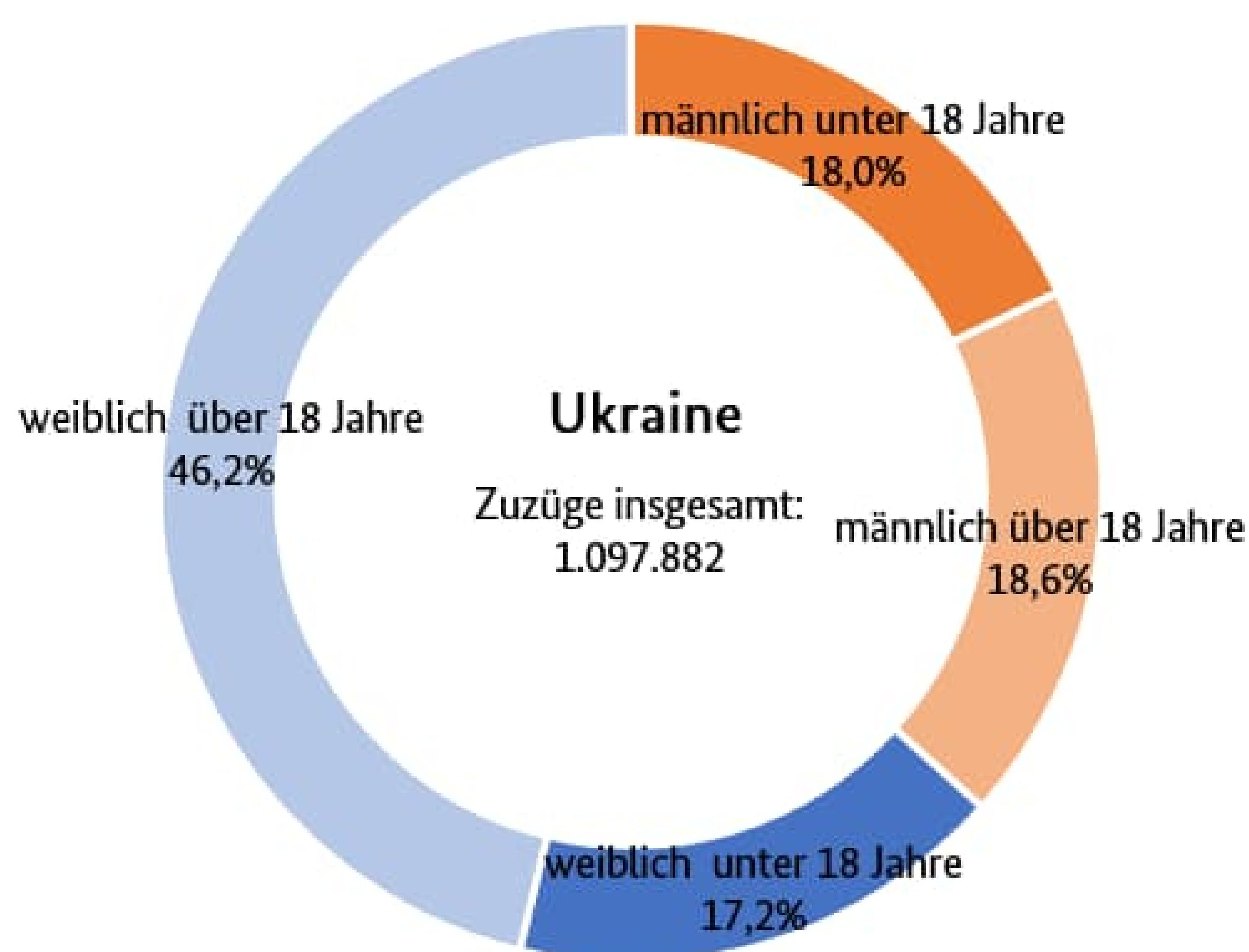


Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Diese Altersstruktur-Entwicklung steht im Zusammenhang mit der hohen Zuwanderung von Schutzsuchenden aus der Ukraine. Bei deren gesonderter Betrachtung zeigt sich, dass viele Minderjährige nach Deutschland kamen (vgl. Abbildung 1-10 und Abbildung 1-11). Unter den 1,1 Millionen Zuzügen aus der Ukraine waren 35,2 % unter 18 Jahre alt. Bei der Gruppe der über 65-Jährigen lag der Anteil ebenfalls überproportional hoch (6,6 %). Auch unter den Zuzügen aus Afghanistan sind jüngere Altersgruppen stärker vertreten, 38,2 % der Personen aus Afghanistan waren noch nicht volljährig (vgl. Abbildung 1-10).

Nach Ausbruch des russischen Angriffskrieges sind aus der Ukraine vorwiegend Frauen mit Kindern geflohen. Nur 18,6 % der geflohenen Menschen aus der Ukraine, die volljährig sind, waren männlich (vgl. Abbildung 1-11).

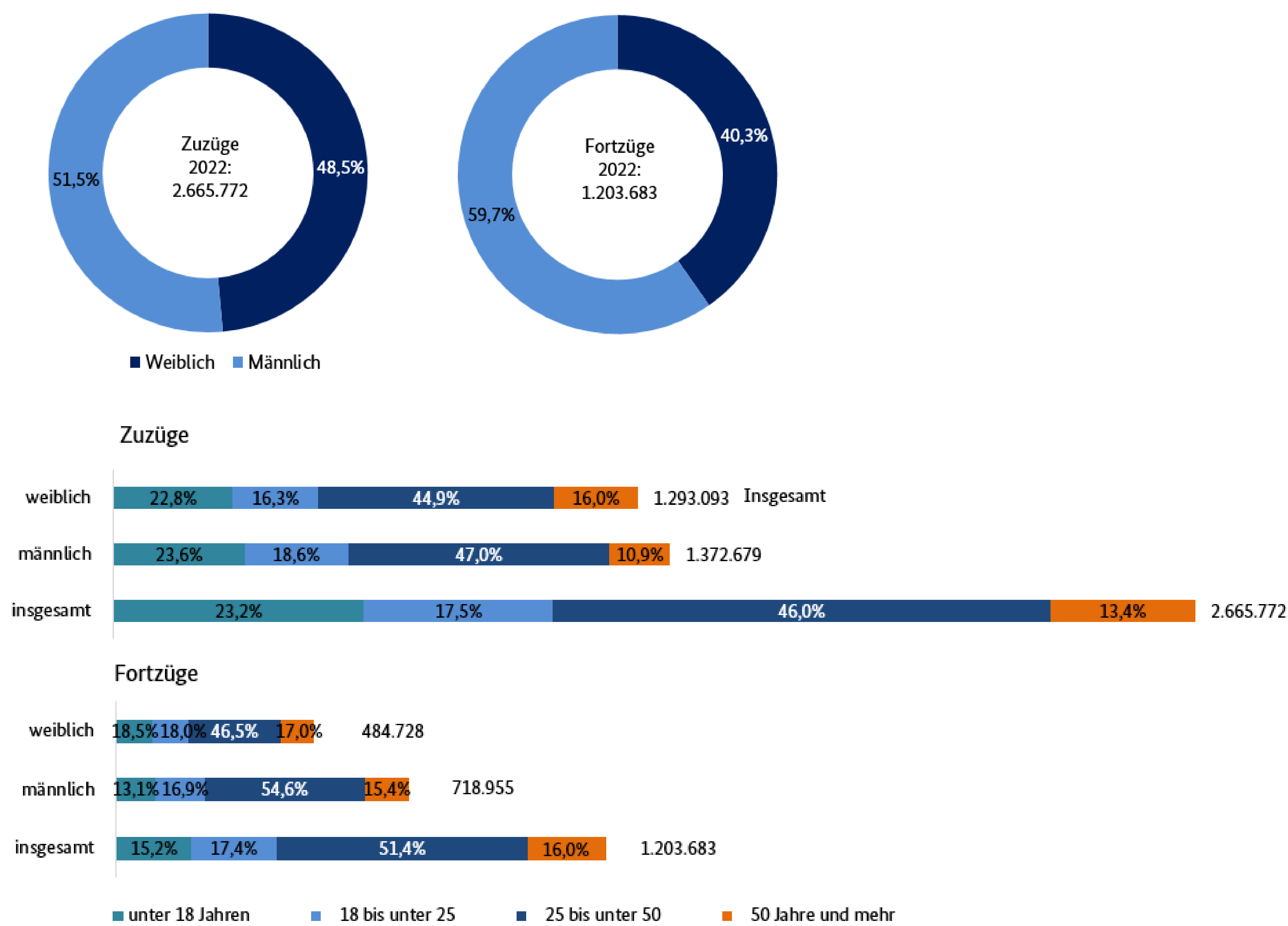
Abbildung 1-11: Alters- und Geschlechtsstruktur von Zugewanderten aus der Ukraine 2022



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

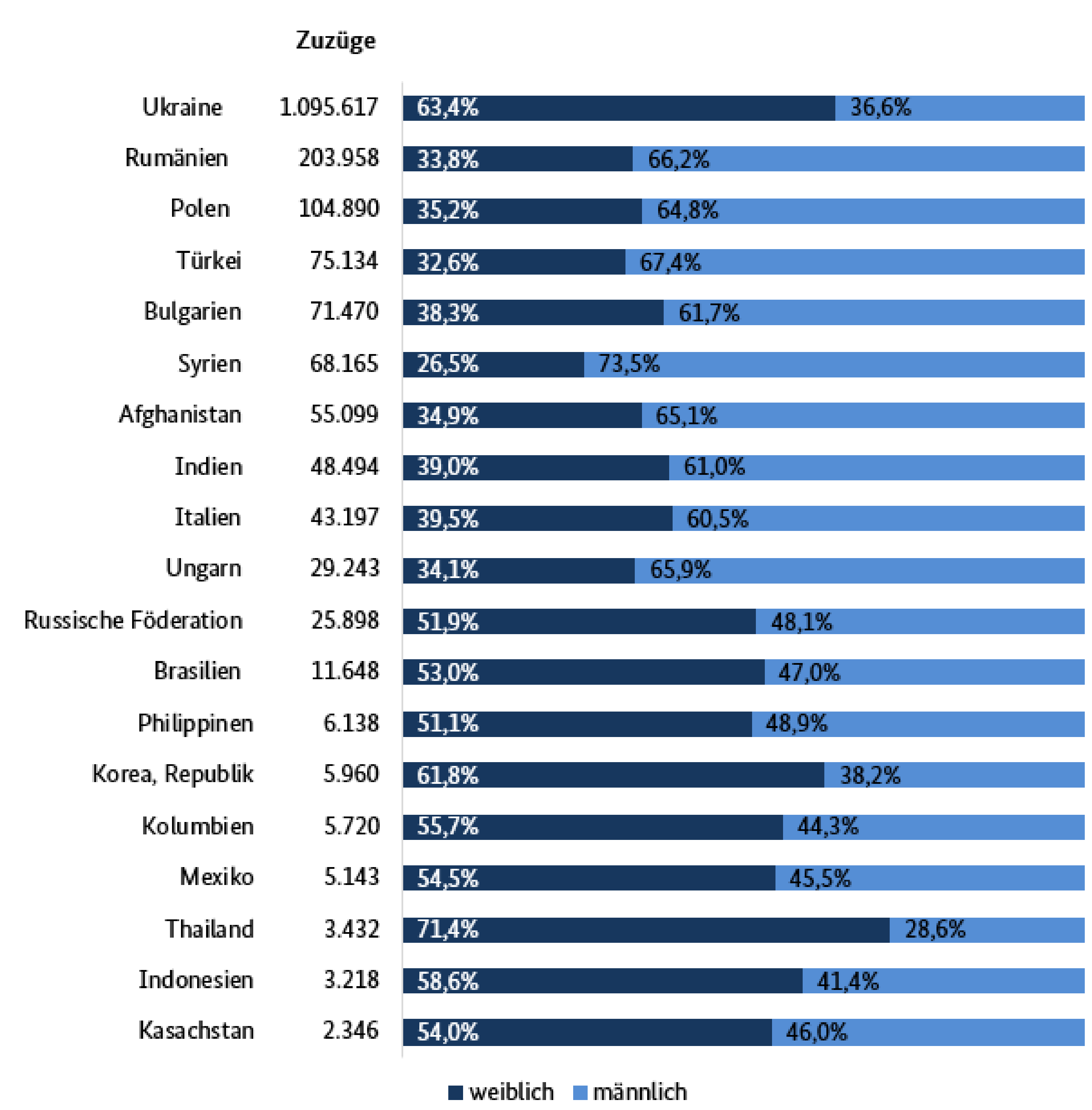
Der weibliche Anteil ist bei den Zuzügen insgesamt zwischen 2021 und 2022 von 39,4 % auf 48,5 % in 2022 gestiegen. Zwischen 2000 und 2021 bewegte sich der Anteil der Zuwanderinnen zwischen 36 % und 43 % und bei den Fortzügen zwischen 34 % und 39 %. Die neuere Entwicklung ist vor dem Hintergrund der Fluchtmigration aus der Ukraine zu betrachten. Der weibliche Anteil der zugewanderten Menschen aus der Ukraine ist mit 63,4 % sehr hoch. Bei den Fortzügen insgesamt war der Anteil der weibliche Personen seit 2017 fast konstant, im Jahr 2022 stieg er von 35,3 % auf 40,3 % ebenfalls an (vgl. Abbildung 1-12, Tabelle 1-4 und Tabelle 1-13 im Anhang).

Abbildung 1-12: Geschlechts- und Altersverteilung bei den Zu- und Fortzügen im Jahr 2022 (deutsche und ausländische Staatsangehörige)



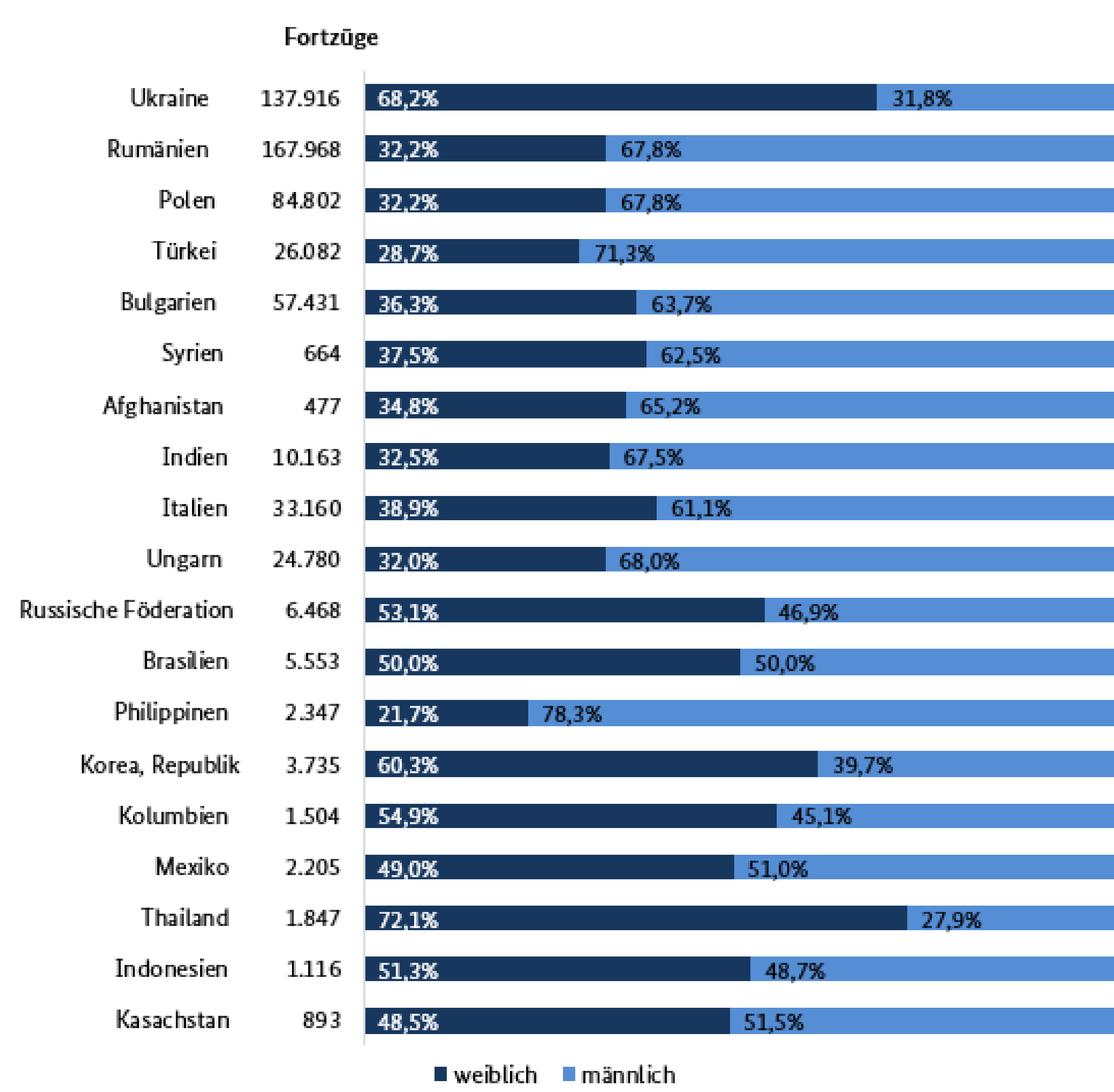
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Abbildung 1-13: Zuzüge von ausländischen Staatsangehörigen nach Geschlecht und ausgewählten Herkunftsländern im Jahr 2022, absolut und in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Abbildung 1-14: Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen nach Geschlecht und ausgewählten Ziel-ländern im Jahr 2022, absolut und in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Betrachtet man die Geschlechterverhältnisse einzelner Herkunftsländer im Jahr 2022, so zeigt sich, dass einige Länder durch einen überproportional hohen weiblichen bzw. männlichen Anteil an den Zuzügen gekennzeichnet sind. Herkunftsländer, die einen hohen Anteil an weiblichen Personen an den ausländischen Zugezogenen aufweisen, sind Thailand (71,4 %), die Ukraine (63,4 %) und die Republik Korea (61,8 %), dicht gefolgt von Kirgisistan mit 61,7 %. Hingegen ist die Zuwanderung aus den Herkunftsländern Syrien (73,5 %), Türkei (67,4 %) und Rumänien (66,2 %) stark männlich geprägt (vgl. Abbildung 1-13 und Abbildung 1-14 sowie Tabelle 1-13 im Anhang). Bei den Fortzügen zeigen sich ähnliche Ländermuster, wobei ein besonderes Muster bei den Philippinen zu beobachten ist: Die Geschlechtsstruktur bei der Zuwanderung ist nahezu ausgeglichen, bei den Fortzügen überwiegen hingegen Männer mit 78,3 % sehr deutlich.

1.6 Wanderungen auf Basis des Ausländerzentralregisters

In diesem Kapitel wird das Migrationsgeschehen für ausländische Staatsangehörige auf der Datenbasis des AZR dargestellt.¹³ Im AZR werden – im Gegensatz zur Wanderungsstatistik – neben personenbezogenen Angaben auch die rechtlichen Grundlagen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen (Aufenthaltszwecke) nach dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG) und dem Asylgesetz (AsylG) erfasst. EU-Staatsangehörige sind zwar ebenfalls im AZR registriert, jedoch nur mit einem geringeren Informationsumfang (§§ 2 Abs. 3 und 3 Abs. 4 AZRG).¹⁴

Für das Berichtsjahr 2022 wird hier erstmals das Verfahren der Fünferrundung angewendet, um die Vorgaben der statistischen Geheimhaltung und des Personendatenschutzes für die Ausländerstatistik auf Grundlage des AZR umzusetzen. Das bedeutet, dass alle Werte auf das nächste Vielfache von 5 gerundet werden. Dies führt jedoch auch dazu, dass sich die Summe der Einzelwerte einer Tabelle von den abgebildeten Spalten- bzw. Zeilensummen unterscheiden können. Daneben wird für die Unterscheidung einzelner Zuwanderungszwecke bei Drittstaatsangehörigen eine neue statistische Kategorisierung angewandt (siehe dazu im Detail Kapitel 1.6.1 sowie Kapitel 3).

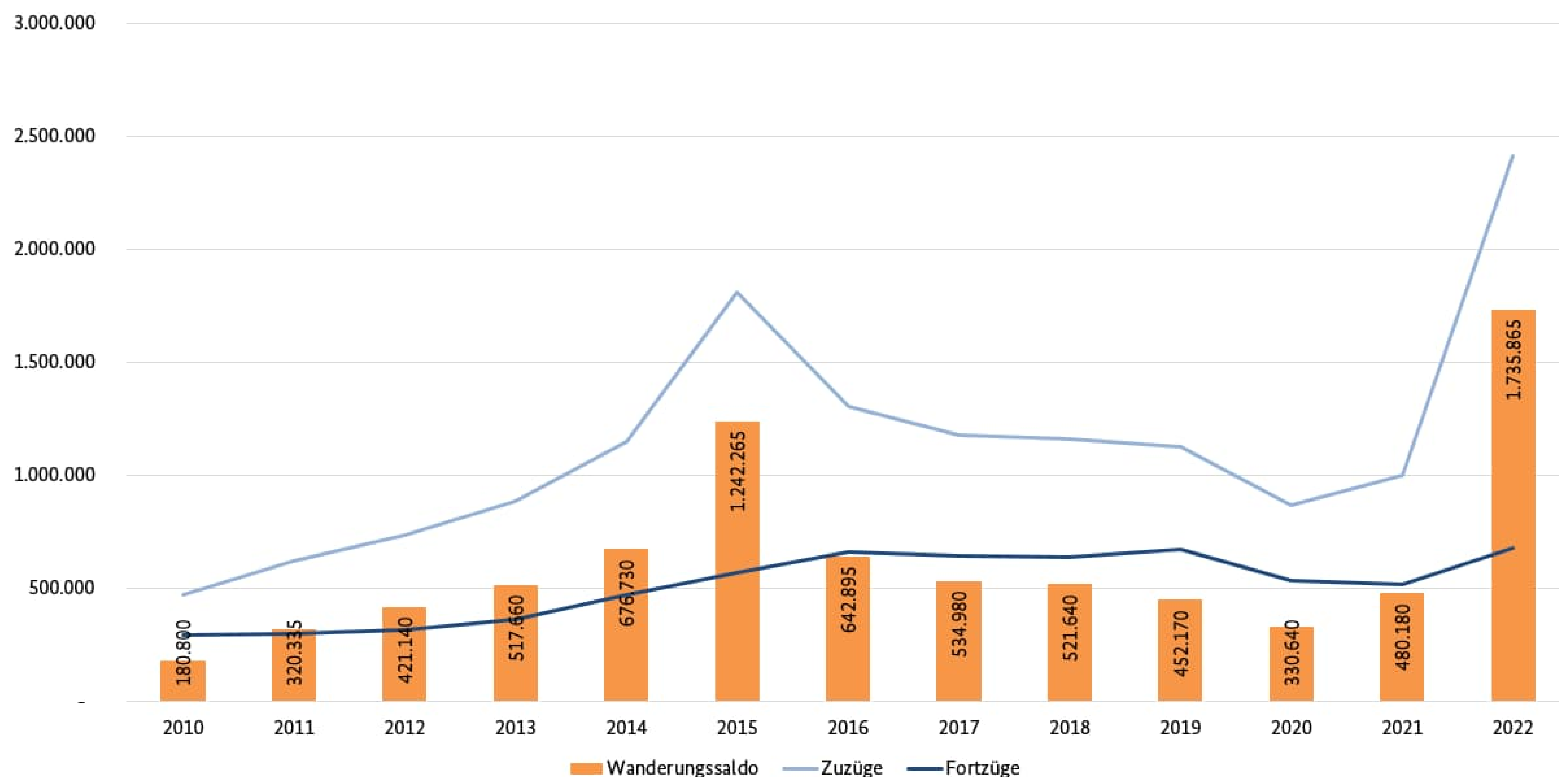
Die Zuwanderung nach Deutschland stieg ab 2010 an und erreichte 2015 aufgrund einer verstärkten humanitären Migration einen vorläufigen Höchststand. Nach 2015 verringerte sich die Anzahl der Zuzüge wieder und nahm pandemiebedingt im Jahr 2020 besonders stark ab. Ab 2021 wurde wieder eine Zunahme des Migrationsgeschehen verzeichnet. Im Jahr 2022 wurden 2.414.565 Zuzüge nach Deutschland im AZR registriert, damit wurde eine neue Höchstzahl erreicht (2021: 999.370 Zuzüge). Darunter befinden sich rund 1,1 Millionen ukrainische Staatsangehörige, die nach Ausbruch des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine am 24. Februar 2022 nach Deutschland gekommen sind. Im Vergleich zu 2021 sind damit rund 1,4 Millionen Menschen mehr nach Deutschland zugewandert. Die Zahl der im AZR registrierten Fortzüge stieg im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr von 519.190 auf 678.700 (+30,7 %, vgl. Abbildung 1-15).

¹³ Für die in diesem Kapitel enthaltenen Daten wurde das AZR zum Abfragezeitpunkt 31. März 2023 ausgewertet. Daher sind auch Drittstaatsangehörige enthalten, die noch im Jahr 2022 eingereist sind, aber erst im 1. Quartal 2023 im AZR registriert wurden. In der BAMF-Publikation „Monitoring zur Bildungs- und Erwerbsmigration – Jahresbericht 2022“ steht dagegen der Zeitpunkt der Erteilung des Aufenthaltstitels im Vordergrund, weswegen Fälle, in denen die Betroffenen zwar im Jahr 2022 eingereist sind, aber erst im 1. Quartal 2023 einen Aufenthaltstitel erhalten haben, nicht berücksichtigt werden. Gleichzeitig sind hier auch Personen enthalten, die bereits vor dem Jahr 2022 eingereist sind und im Berichtsjahr einen (anderen) Aufenthaltstitel erhalten haben. Die Daten sind somit aufgrund der unterschiedlichen Auswertungslogiken nicht miteinander vergleichbar.

¹⁴ Personenbezogene Daten von EU-Staatsangehörigen, die nicht deutsche Staatsangehörige sind, dürfen nur dann im Register gespeichert und genutzt werden, wenn diese Daten für die Anwendung aufenthaltsrechtlicher Vorschriften durch die hierfür zuständigen Behörden erforderlich sind, vgl. auch Urteil des EuGHs, Rs. C-524/06, siehe § 2 Abs. 3 AZRG.

Für 2022 wurde somit ein Wanderungssaldo von +1.735.865 Personen verzeichnet. In 2021 lag der Saldo mit +480.180 Personen deutlich niedriger. Somit lassen sich anhand des AZR ähnliche Tendenzen des Migrationsgeschehens in Deutschland verzeichnen wie anhand der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes, auch wenn sich die absoluten Zahlen methodisch bedingt voneinander unterscheiden (vgl. Kapitel 1.1).

Abbildung 1-15: Zu- und Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen seit 2010

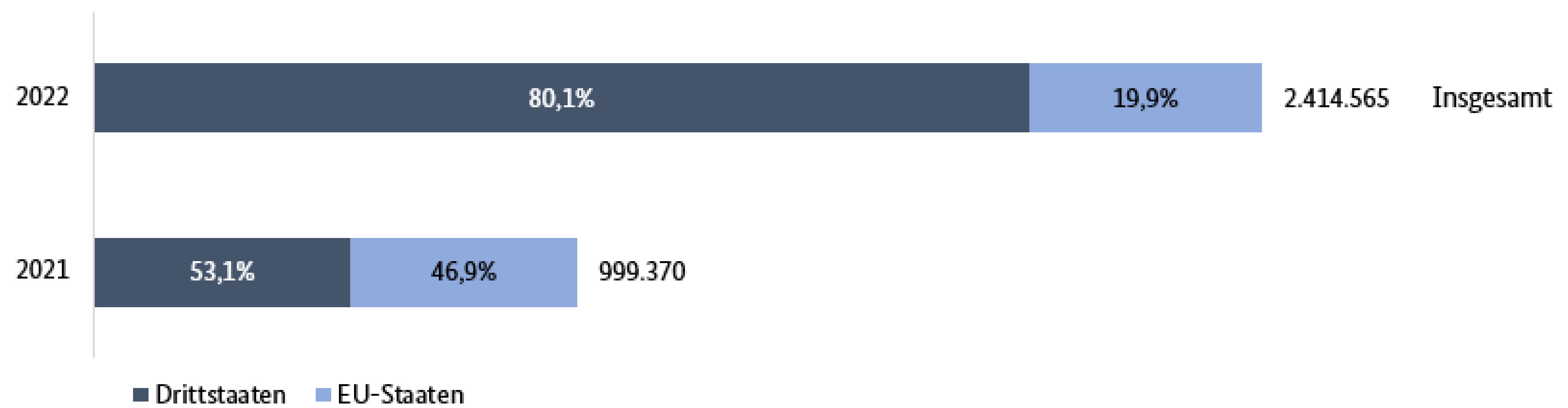


Anmerkungen: Zuzüge ohne im Inland geborene ausländische Kinder. Fortzüge ohne Sterbefälle. Abweichungen zu den zuvor berichteten Gesamtsummen sind durch die angewandte Fünfferrundung bedingt.

Quelle: Ausländerzentralregister

2022 wurden 1.932.955 Zuzüge von Drittstaatsangehörigen verzeichnet, also von Personen, die nicht EU-Staatsangehörige sind. Ihr Anteil an der Gesamtzuwanderung von 2.414.565 ausländischen Personen beträgt damit 80,1 %. Im Jahr 2021 sind nach dem AZR insgesamt 999.370 Personen nach Deutschland zugewandert, darunter 530.825 Drittstaatsangehörige (53,1 %). Sowohl die absolute Zahl als auch der Anteil der Zuzüge von Drittstaatsangehörigen sind somit im Jahr 2022 deutlich gestiegen, vor allem bedingt durch die Zuwanderung aus der Ukraine (vgl. Abbildung 1-16).

Abbildung 1-16: Zuzüge von Drittstaatsangehörigen und EU-Staatsangehörigen in den Jahren 2021 und 2022



Quelle: Ausländerzentralregister

Die Zuwanderungszahlen des AZR liegen im Jahr 2022 nur 2,7 % unter denen in der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes. Im Jahr 2022 wurden dort rund 2,5 Millionen Zuzüge von ausländischen Staatsangehörigen registriert (vgl. Kapitel 1.2). In den Jahren zuvor lag diese Differenz bei etwa 10 % bis 20 %. Ein Grund für die unterschiedlichen Zahlen ist, dass Personen im AZR erst dann registriert werden, wenn sie sich nicht nur vorübergehend, d. h. in der Regel länger als 3 Monate, in Deutschland aufhalten. In der auf melderechtlichen Vorgaben basierenden Wanderungsstatistik werden auch kürzere Aufenthalte abgebildet. Zudem werden Daten von Personen, die mehrmals im Jahr zu- und fortziehen, nur einmal im AZR erfasst (sogenannte Personenstatistik), anders als in der fallbasierten Wanderungsstatistik.

1.6.1 Zuwanderung nach Aufenthaltswegen

Im AZR werden seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes¹⁵ am 1. Januar 2005 auch die Rechtsgrundlagen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen in Deutschland erfasst. Dadurch können die erteilten Aufenthaltstitel für zugewanderte Drittstaatsangehörige differenziert nach dem aufenthaltsrechtlichen Status dargestellt werden, was im Rahmen der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes nicht möglich ist.

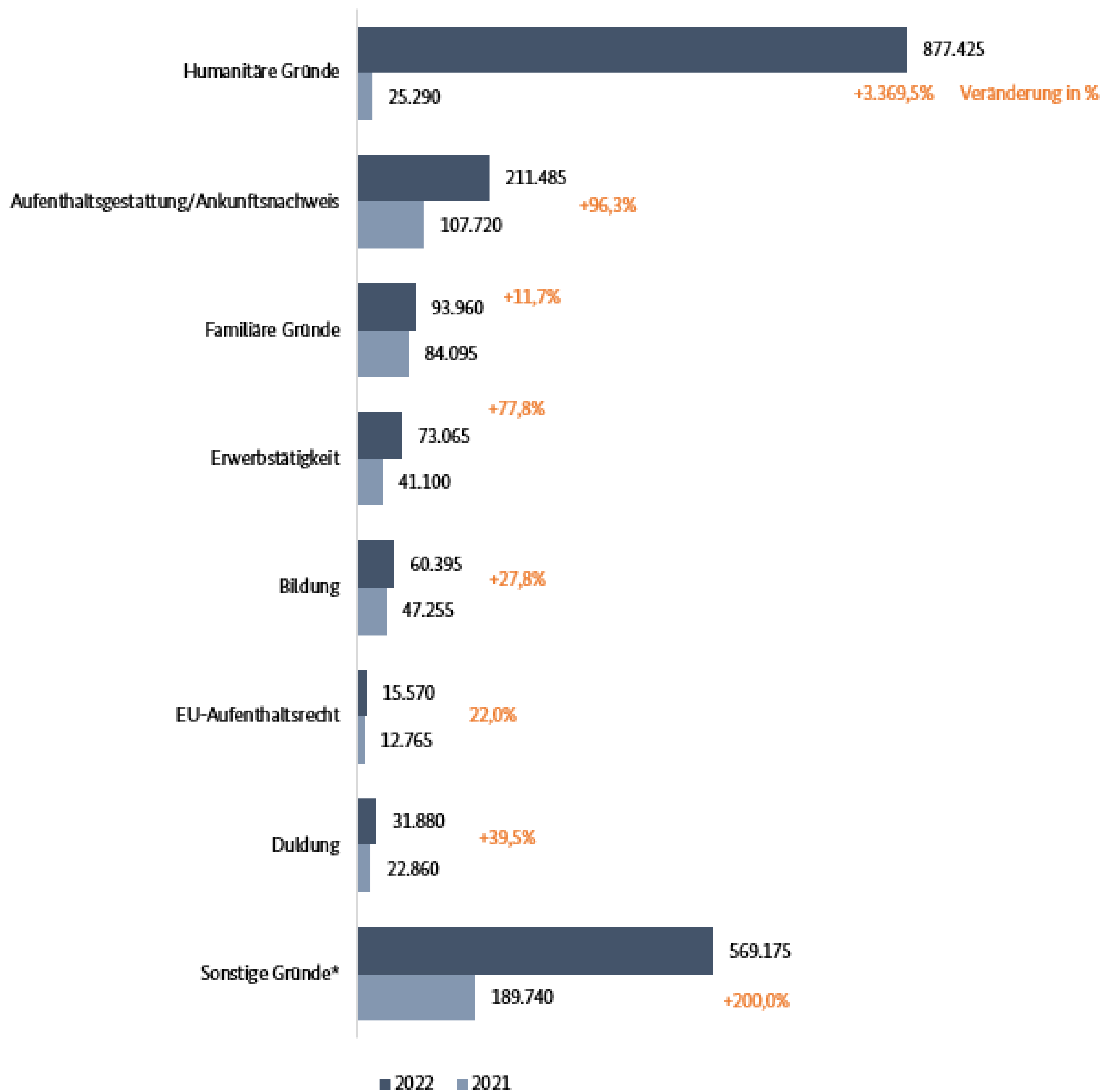
Ab dem Berichtsjahr 2022 wird nun auf Grund von methodischen Weiterentwicklungen eine neue Kategorisierung nach Aufenthaltswegen vorgenommen. Dies bedeutet, dass sämtliche einschlägigen Speichersachverhalte im AZR neu bewertet und Wanderungskategorien zugeordnet wurden. Infolgedessen sind einige zuvor getrennt ausgewiesene Speichersachverhalte, wie etwa die Niederlassungserlaubnisse, nun den konkreten Aufenthaltswegen zugeordnet. Die neue Kategorisierung wird auf das Berichtsjahr 2021 rückwirkend angewandt, um einen Vergleich mit dem Vorjahr zu ermöglichen. Die im Migrationsbericht 2021 dargestellten Angaben stimmen daher nicht mit den Daten des vorliegenden Berichts überein. Vergleiche zu Berichtsjahren vor 2021 lassen sich nur noch eingeschränkt durchführen und werden deshalb in diesem Bericht nicht dargestellt.

Die methodischen Weiterentwicklungen sowie die neue Kategorisierung ermöglichen zukünftig eine einfache Eingliederung neuer bzw. geänderter Aufenthaltstitel, die z. B. mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung vom 18. August 2023 eingeführt wurden. Die Kategorisierung folgt

¹⁵ BGBl. 2004 Teil I Nr. 41: 1950.

weitestgehend der Struktur des AufenthG. Detailliertere Betrachtungen einzelner Zuwanderungsgruppen auf Basis des AZR befinden sich in Kapitel 3.

Abbildung 1-17: Zuzüge von Drittstaatsangehörigen im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr nach Aufenthaltstiteln, Aufenthaltsgestattung und Duldung



Anmerkung: Abweichungen der für 2021 genannten Werte zu denen im Migrationsbericht 2021 ergeben sich aus einer veränderten statistischen Kategorisierung und der Anwendung der Fünfferrundung.

*) Darunter fallen unter anderem Personen, die einen Aufenthaltstitel beantragt haben oder vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind.

Quelle: Ausländerzentralregister

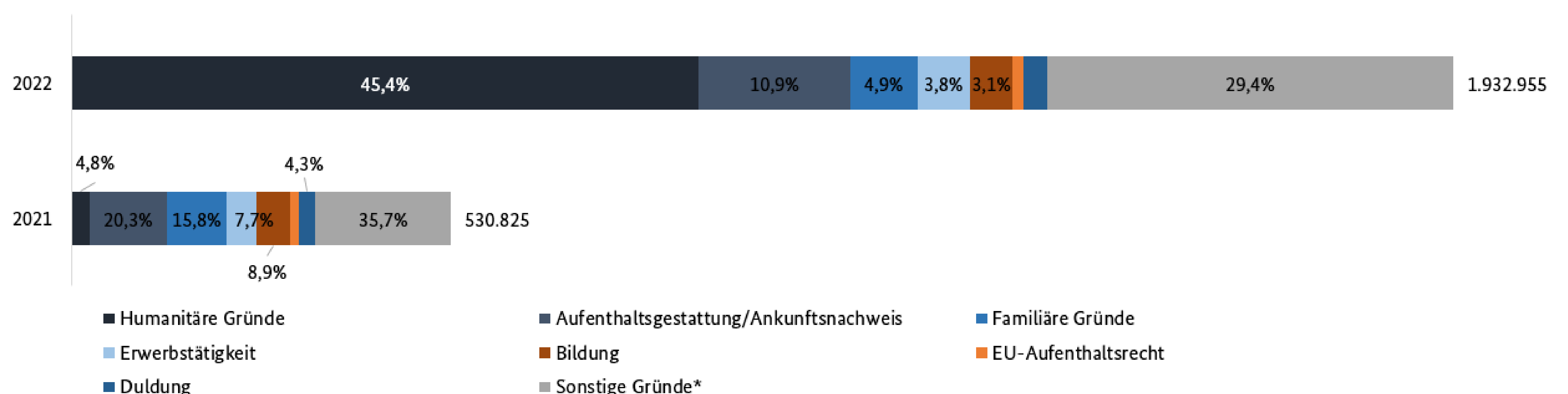
Die Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen ist in 2022 im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt +264,1 % gestiegen. Bei einem Blick auf die einzelnen aufenthaltsrechtlichen Status von Drittstaatsangehörigen zeigt sich, dass fast in allen Bereichen wieder ein Anstieg zu beobachten ist, besonders stark sind die Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen gestiegen (+3.369,4 %) sowie die Zahl von ausgestellten Aufenthaltsgestattungen bzw. Ankunftsnachweisen (+96,3 %). Der starke Anstieg der humanitären Zuwanderung ist insbesondere auf den Zuzug von Geflüchteten aus der Ukraine zurückzuführen, denen in der Regel ein Aufenthaltstitel nach § 24 AufenthG erteilt wird.

Im Jahr 2022 war auch ein Wiederanstieg des Familiennachzugs im Vergleich zum Vorjahr festzustellen (+11,7 %). Auch die Zuwanderung zu Bildungszwecken ist um 27,8 % gewachsen. Ein deutlicher Anstieg war daneben bei der Erwerbsmigration festzustellen (+77,8 %) (vgl. Abbildung 1-17).

45,4 % der Drittstaatsangehörigen, die im Jahr 2022 nach Deutschland gekommen sind, haben einen Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen erhalten, darunter viele Geflüchtete aus der Ukraine, die aufgrund des russischen Angriffskriegs nach Deutschland kamen. 2021 machten humanitäre Gründe nur 4,8 % der Gesamtwanderung aus Drittstaaten aus. Weitere 10,9 % der Menschen haben 2022 eine Aufenthaltsgestattung zur Durchführung eines Asylverfahrens oder einen Ankunftsnachweis erhalten (2021: 20,3 %). Die Aufenthaltsgestattung berechtigt Asylbewerberinnen und Asylbewerber, solange in Deutschland zu bleiben, bis ihr Asylverfahren abgeschlossen ist. Bei einem Ankunftsnachweis handelt es sich um die Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchende (§ 63a AsylG). Darüber hinaus wurden 1,6 % der eingereisten Drittstaatsangehörigen eine Duldung erteilt (2021: 4,3 %).

4,8 % der Menschen, die aus Drittstaaten zugezogen sind, reisten aus familiären Gründen nach Deutschland ein (2021: 15,8 %; vgl. Abbildung 1-18). 3,8 % der 2022 zugewanderten Personen haben einen Aufenthaltstitel für eine Erwerbstätigkeit erhalten, im Jahr zuvor lag dieser Anteil mit 7,7 % höher. Bei der Erwerbsmigration wurde bei den absoluten Zahlen ein deutlicher Anstieg verzeichnet, allerdings fällt ihr Anteil aufgrund der hohen Zuwanderung von Schutzsuchenden geringer aus. 8,9 % der zugewanderten Personen aus Drittstaaten kamen für Bildungszwecke nach Deutschland (2021: 3,1 %). Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit oder der Ausbildung (dazu zählt auch ein Studium) sind in der Regel zunächst zeitlich befristet. Sie können verlängert werden, diese Möglichkeit wird auch häufig genutzt.

Abbildung 1-18: Zuzüge von Drittstaatsangehörigen in den Jahren 2021 und 2022 nach Aufenthaltstiteln, Aufenthaltsgestattung und Duldung

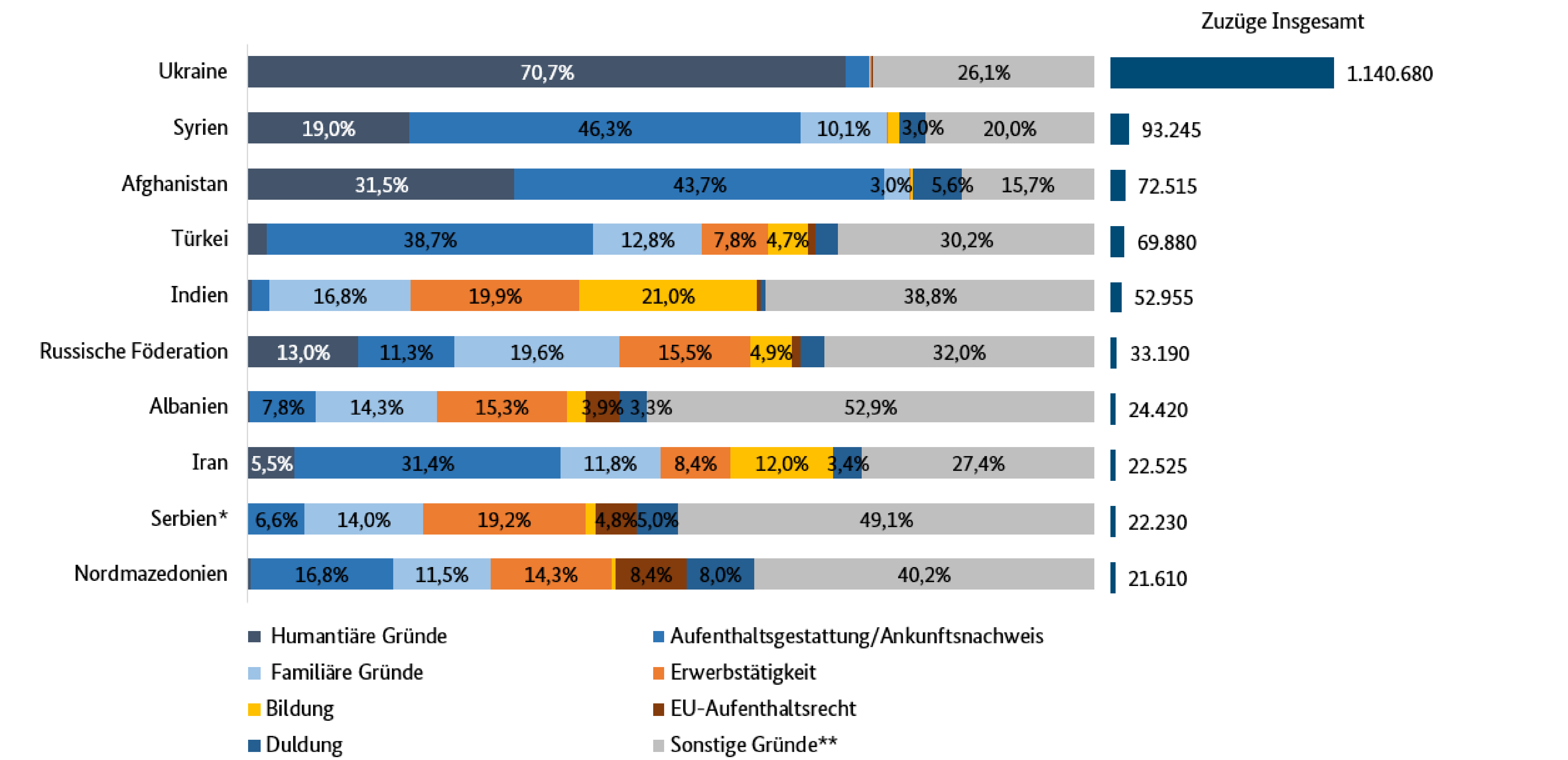


Anmerkungen: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen. Abweichungen der für 2021 genannten Werte zu denen im Migrationsbericht 2021 ergeben sich aus einer veränderten statistischen Kategorisierung und der Anwendung der Fünferrundung.

*) Darunter fallen unter anderem Personen, die einen sonstigen Aufenthaltstitel innehaben, die einen Aufenthaltstitel beantragt haben oder vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind.

Quelle: Ausländerzentralregister

Abbildung 1-19: Zuzüge von Drittstaatsangehörigen im Jahr 2022 nach Aufenthaltstiteln, Aufenthaltsgestattung und Duldung sowie ausgewählten Staatsangehörigkeiten



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.
*) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.
**) Darunter fallen unter anderem Personen, die einen Aufenthaltstitel aus sonstigen Gründen haben, einen Aufenthaltstitel beantragt haben oder vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind.

Quelle: Ausländerzentralregister

Differenziert nach Staatsangehörigkeit bilden Personen aus der Ukraine erstmals die größte Zuwanderungsgruppe von Drittstaatsangehörigen. Von den 1.140.680 Ukrainerinnen und Ukrainern, die 2022 nach Deutschland gekommen sind, haben 70,7 % einen humanitären Aufenthaltstitel erhalten.

Die zweitgrößte Gruppe bilden die syrischen Staatsangehörigen mit 93.245 Zuzügen. 19,0 % der syrischen Staatsangehörigen erhielten einen Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen, weitere 46,3 % eine Aufenthaltsgestattung oder einen Ankunftsnachweis und 10,1 % zogen aus familiären Gründen zu. Von den 72.515 in 2022 zugewanderten afghanischen Staatsangehörigen haben 31,5 % einen Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen erhalten, 43,7 % eine Aufenthaltsgestattung oder einen Ankunftsnachweis. Bei den türkischen Staatsangehörigen überwiegt mit 38,7 % die Erteilung einer Aufenthaltsgestattung oder eines Ankunftsnachweises, 12,8 % sind aus familiären Gründen nach Deutschland gezogen. Bei neu zugewanderten indischen Staatsangehörigen hat die Bildungs- und Erwerbsmigration ein großes Gewicht: Bei einer Gesamtzuwanderung von 52.955 Personen in 2022 haben 30,3 % einen Aufenthaltstitel zu Bildungszwecken erhalten. Der Anteil der Erwerbsmigration betrug 19,9 % und 16,8 % der zugewanderten indischen Staatsangehörigen sind aus familiären Gründen nach Deutschland zugezogen (vgl. Abbildung 1-19 sowie Tabelle 1-14 im Anhang).

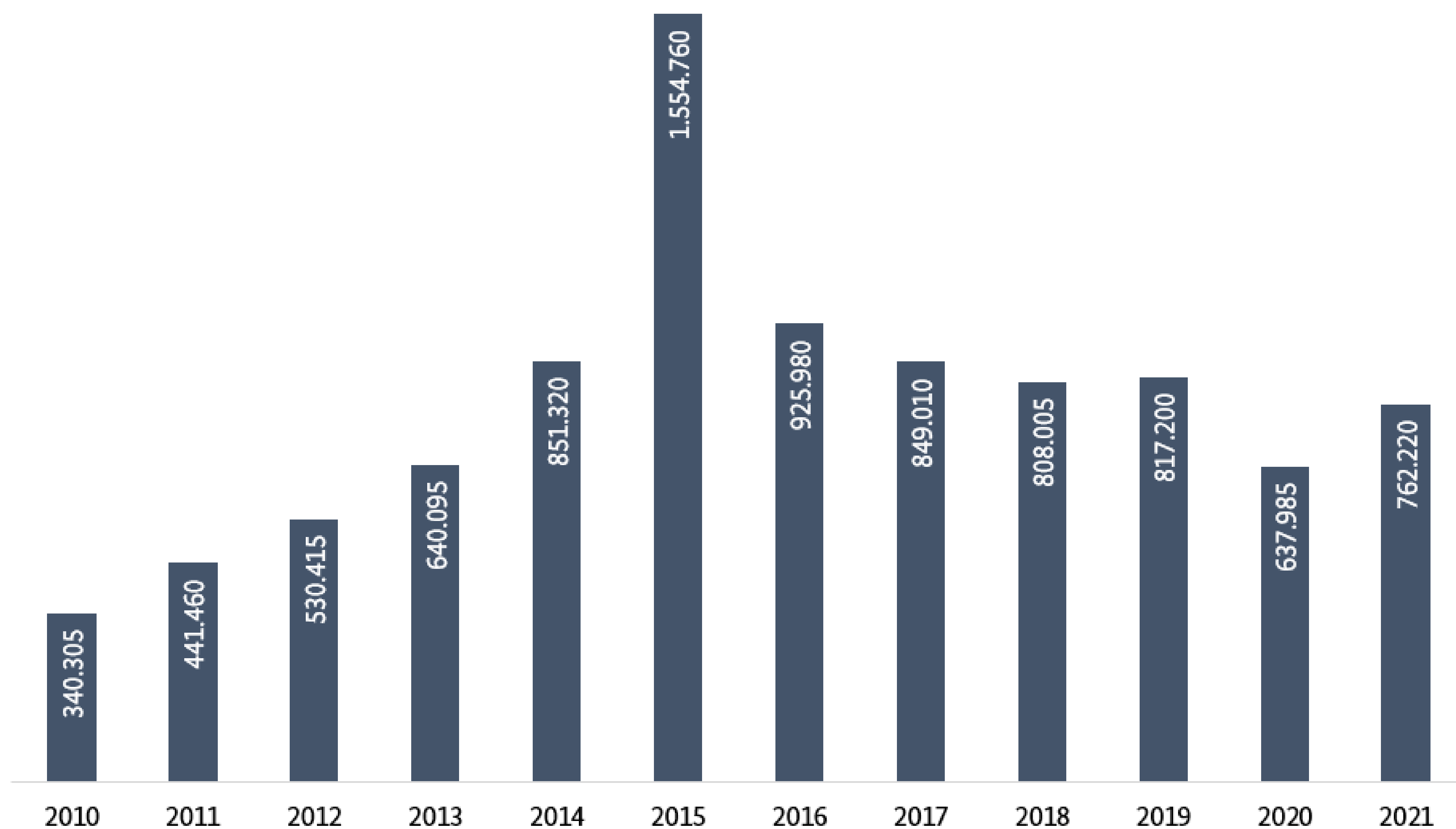
Im Bereich der Erwerbsmigration ist ein hoher Anteil von indischen sowie Staatsangehörigen aus dem Westbalkan zu verzeichnen. Im Falle der Westbalkanstaaten ist dies auf die im Oktober 2015 in die Beschäftigungsverordnung aufgenommene und zum 1. Januar 2021 in modifizierter Form verlängerte Regelung zurückzuführen, wonach für Staatsangehörige von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien in den Jahren 2016 bis 2023 unter bestimmten Bedingungen unabhängig von ihrer Qualifikation eine Zustimmung zur Ausübung einer Beschäftigung erteilt werden kann (§ 26 Abs. 2 BeschV, sogenannte Westbalkanregelung). Die Verlängerung dieser Regelung ab dem 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2023 erfolgte unter anderem unter Ergänzung einer Kontingentierung der Zustimmungen auf 25.000 Personen pro Kalenderjahr. Diese Möglichkeit der Erwerbsmigration wird häufig in Anspruch genommen (vgl. Kapitel 3.2.8).

1.6.2 Längerfristige Zuwanderung

Auf Basis des AZR lassen sich auch Aussagen über die Aufenthaltsdauer von zugewanderten Personen treffen. Im Folgenden werden die ausländischen Staatsangehörigen betrachtet, die in den Jahren 2010 bis 2021 eingereist sind und sich mindestens 1 Jahr im Bundesgebiet aufhielten.¹⁶

¹⁶ Zahlen zur längerfristigen Zuwanderung für das Jahr 2021 liegen erst 2023 vor, da erst zum Jahresende 2022 für alle Personen, die 2021 zugewandert sind, festgestellt werden kann, ob diese sich mindestens 1 Jahr in Deutschland aufgehalten haben.

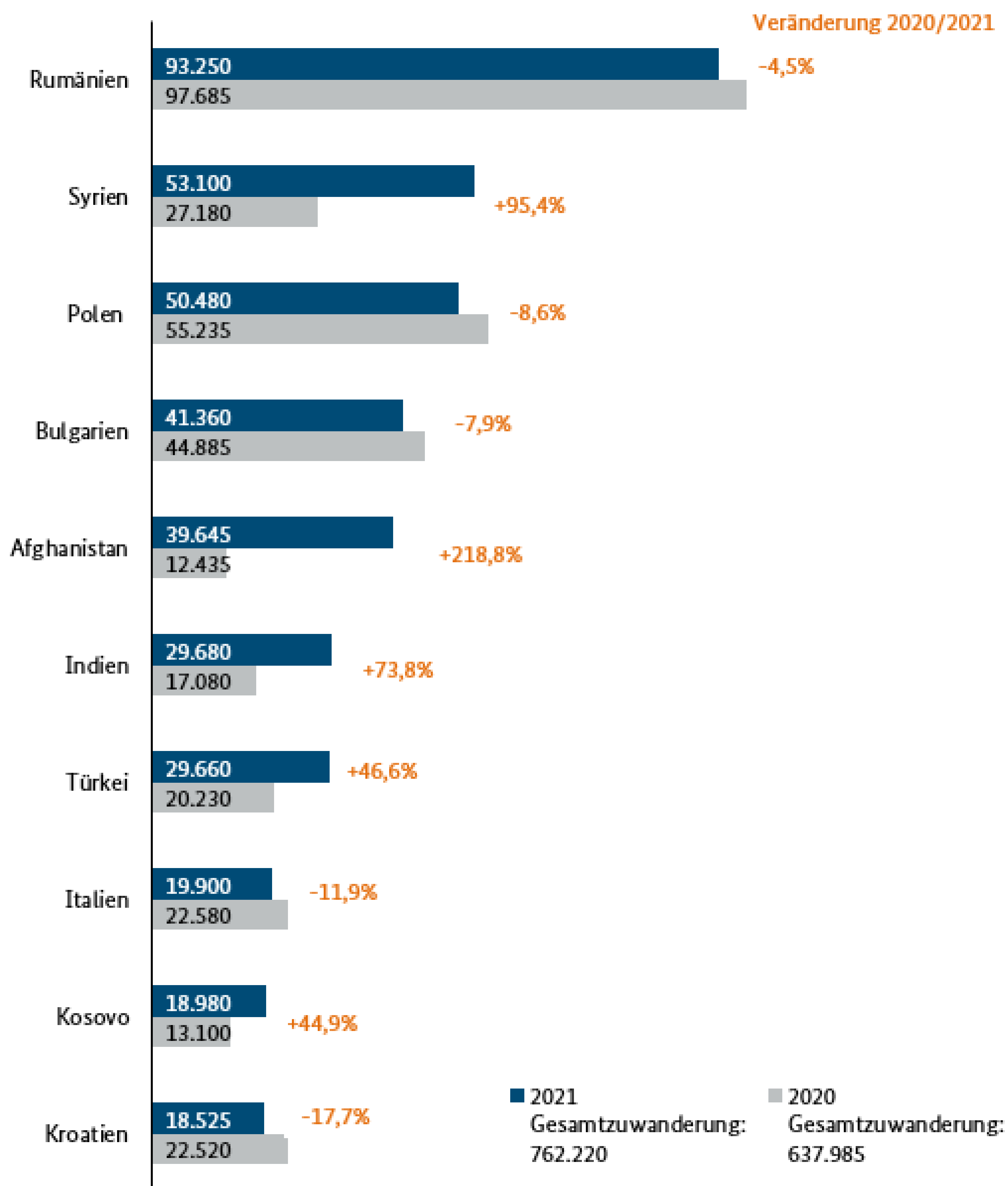
Abbildung 1-20: Ausländische Staatsangehörige, die von 2010 bis 2021 zugewandert sind, mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr



Quelle: Ausländerzentralregister

Für das Jahr 2021 verzeichnete das AZR 762.220 Zuzüge ausländischer Staatsangehöriger, die anschließend mindestens 1 Jahr in Deutschland lebten. Die Zahl ist im Vergleich zum Pandemiejahr 2020, in dem 637.985 dieser Personen gezählt wurden, gestiegen (+19,5 %, vgl. Abbildung 1-20).

Abbildung 1-21: Zuzüge mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten



Quelle: Ausländerzentralregister

12,2 % bzw. 93.250 Personen, die 2021 zugezogen sind und sich länger als 1 Jahr in Deutschland aufhielten, waren rumänische Staatsangehörige. Diese Zahl ist zwischen 2020 und 2021 um 4,5 % zurückgegangen. Die Zahl der längerfristigen Zuzüge polnischer Staatsangehöriger ist ebenfalls um 8,6 % gesunken. Bei Staatsangehörigen aus Bulgarien wurde ein Rückgang um 7,9 % verzeichnet. Bei syrischen Staatsangehörigen wurde hingegen ein Anstieg der längerfristigen Zuzüge registriert (+95,4 %), ebenso bei Afghanistan (+218,8 %) und Indien (+73,8 %) (vgl. Abbildung 1-21 und Tabelle 1-15 im Anhang).